

Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum

Widerstand eines jüdischen Nuklearphysikers gegen die zweimalige Nazi-Verfolgung durch einen Atom-Manager. Leon Gruenbaums Antwort, die geschichtswissenschaftliche Monographie „Genese der Plutonium-Gesellschaft“ (unveröffentlicht). Analysen, Zusammenhänge, Perspektiven.

Léon

Ein Versuch, das Leben von Léon zu skizzieren (10. Juli 2012). Dazu drei Artikel in Neue Rheinische Zeitung 2011 „Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur“ (Folge [1](#) [2](#) [3](#)) **S. 2**

Einladung

Symposium-Programm 18./19.10. mit PM 11.9. ver.di-Haus und KIT (Uni Karlsruhe) **S. 3-4**

Le Monde

Aufdeckung des NS-Vergangenheit des Atommanagers Greifeld. Fax von Beate Klarsfeld 2006 Original & Übersetzung. Hintergrund: Beate Klarsfelds Teilnahme an Aktion und [Ausstellungseröffnung](#) „11000 jüdische Kinder – Mit der Reichsbahn in den Tod“ 2006 im ver.di-Haus Karlsruhe (gleicher Ort wie Symposium) **S. 5-9**

Fundstück

Das Greifeld belastende Dokument vom 3.1.42, wie in Le Monde berichtet. **S. 10**

Schlüssel

Schreiben von Dr. Greifeld an den Beschäftigten Dr. Jung am 5.6.72. Leon nimmt mit diesem Bekenntnis die Spurensuche nach dessen NS-Vergangenheit auf. **S. 11**

Auftakt

Gruenbaums Presse-Mitteilung 1976 mit pffrigem Dank an seinen Verfolger Greifeld (Material für Lischka-Prozess). Dazu zwei Dokumente über NS-Verbrechen des Dr. Waldemar Ernst vom 3.2.41 und 13.5.42 – Abschriften davon ... **S. 12**

Endlösung

„[Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich](#)“ Herausgeber Serge Klarsfeld, Dokumentationszentrum für Jüdische Zeitgeschichte mit Daten über Ernst und Greifeld. **S. 13**

blick nach rechts

Bericht über Lischka-Prozess in Köln, von Beate und Serge Klarsfeld durchgesetzt. **S. 15**

Grenoble

400 ILL-WissenschaftlerInnen fordern Greifelds Entfernung 1975: FAZ (Kurt Rudzinski) und StZ. Auslöser Pressekonferenz Léon mit Klarsfelds am 23.10.75 Strasbourg (Bericht Dernieres Nouvelles d'Alsace). Protestschreiben von Forschungsdirektor G. Amsel Universität Paris VII 1976 an Bundesforschungsminister Hans Matthöfer **S. 16-18**

Ehrensensator

Ernennung Greifeld 1969 an Uni Karlsruhe und [Annullierungsforderung](#) 2012. Antwort KIT-Präsident. Bericht [FAZ](#). Kritik an [KIT-Verschleppung \(Übersetzung\)](#) und [Badische Neueste Nachrichten](#) 27.7.2013 mit Vorgeschichte. **S. 19-21**

Atom-Lobby

Ex-Schnellbrüter-Chef Willy Marth: Vor 10 Jahren wusste er noch, warum „Greifeld nicht mehr zu halten“ war. Heute bricht er eine [Lanze](#) nach der anderen für ihn. **S. 22**

Kriegskameradschaft

Darüber im Mitarbeiterschreiben vom 15.1.1973 (s. [Annullierungsforderung](#)) an Bundesforschungsministerium (Auszug Greifeld S.13-15) **S. 23-25**

Plakat

Annullierungs-Appell im [VVN-Plakat](#) zum 1. Mai 2013 mit Ankündigung des Symposiums **S. 26**

Plutonium

Einladung Referent [Joachim Radkau](#) Autor „Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft“ (1981 Habil., 1983 Buch). Hinweis Denselow BBC. Interview [iley.de](#) über neues Buch. Material FAZ-Artikel Mai 2012 „[Schwellenmacht Deutschland](#)“, Zivilklausel-Tagung Juni 2012 am KIT mit Streitschrift „[Jetzt entrüsten!](#)“ und [german-foreign-policy.com](#) „Ein Versailles kosmischen Ausmaßes“ und Mehrzweckreaktoren“ sowie „[Das deutsche Atom-Kartell](#)“ Von Hitlers Atombombenprojekt zum „Schnellen Brüter“ KiK Magazin 1982 **S. 27**

Ausgrabung

Bericht Helmut Lorscheid „[Alte Nazis in der Atomforschung](#)“ Lateinamerika Nachrichten 1980 „[Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft](#)“ **S. 28**

NATO

Beweis Speidel-Schreiben April 1955 für Karlsruhe als Atomforschungs-Standort der Militärs, Karlsruher Stadtzeitung „Gegendruck“ 1988 **S. 29**

Monographie

Léon Gruenbaum „Genese der Plutonium-Gesellschaft“. Ausgewählte Kapitel übersetzt von Rolf Junghanns und Christof Müller-Wirth **S. 30-44**

Erstellung Reader Weblinks unterstrichen
Dietrich Schulze • dietrich.schulze@gmx.de
11. September 2013

Leon Grünbaum - Versuch für einen Lebenslauf

Léon Grünbaum (30. März 1934 - 22. Juli 2004) war Physiker und Historiker und in doppeltem Sinne von den Nationalsozialisten verfolgt.

Seine jüdische Familie flieht vor den Nazis nach Frankreich. In Forbach (Elsass) wird Leon am Tag nach der Ermordung Ludwig Marums geboren. Gute Freunde in der Resistance können einen Teil der Familie vor der Deportation bewahren. Leon erlebt die Befreiung in Frankreich, studiert Physik bei Heisenberg in München, bei dem er 1964 promoviert. Ende der 60er Jahre wird er in der Gesellschaft für Kernforschung (später Kernforschungszentrum Karlsruhe, dann Forschungszentrum, jetzt KIT) mit einem befristeten Vertrag eingestellt. Trotz exzellenter wissenschaftlicher Fähigkeiten bekommt er im Gegensatz zu der damals größten Mehrheit keine dauerhafte Beschäftigung. Sein Weg hatte sich mit dem eines weiß gewaschenen Ex-Nazi und Antisemiten gekreuzt, dem Karlsruher Atommanager Rudolf Greifeld, der ihn zusammen mit führenden Mitarbeitern erneut rassistisch diskriminierte. Greifelds Vorleben war damals in der Öffentlichkeit völlig unbekannt.

Leon kommt das bleibende Verdienst zu, dass er Greifelds sorgsam gehütetes Geheimnis als Wehrmacht-Chef im besetzten Paris aufdecken konnte. Zusammen mit Freunden im Kernforschungszentrum und mit Unterstützung von Beate und Serge Klarsfeld gelingt es ihm, ein Beweismittel ans Tageslicht zu fördern, das Greifeld zu Fall bringt. In einer Pressekonferenz in Strasbourg Ende 1975 wird von ihm und den Klarsfelds die Nazi-Vergangenheit Greifelds veröffentlicht. Drancy, die Durchgangsstation zur Hölle Auschwitz, gehörte zu seinem Zuständigkeitsbereich. Er organisierte Hitlers Paris-Besuch. Zur Klarstellung: Es handelte sich um den administrativen Geschäftsführer einer bekannten deutschen Kernforschungseinrichtung, der sein Amt von 1956 bis 1974 ausübte und dort eine breite Schneise von autoritärer Verwüstung zum Schaden der Allgemeinheit hinterlassen hatte. Aufgrund einer Protest-Unterschriften-sammlung französischer WissenschaftlerInnen verliert Greifeld die Funktion im Lenkungsausschuss der renommierten französisch-deutschen Kernforschungseinrichtung "Laue-Langevin" in Grenoble und im Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Léons mutige und nervenaufreibende Widerstandshandlung ist für sich genommen bewundernswert. Der Rastlose fügt dem aber noch ein weiteres bleibendes Kapitel Aufklärung hinzu. Da es ihm aufgrund der Machenschaften Greifelds nicht gelingt, als Physiker woanders Fuß zu fassen, geht er dem schmerzlich Erlebten auf den Grund. Er kehrt nach Paris zurück, beschäftigt sich mit den historischen Grundlagen der militärischen und zivilen Nutzung der Atomenergie und legt 1982 an der Sorbonne als Wissenschaftshistoriker eine



eine Monographie vor. Thema „Genesis der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte“. Kern seiner Ausarbeitung ist die Bewusstmachung der machtpolitischen und militärischen Bezüge der internationalen und der deutschen Kernforschung, einschließlich der Gründerrolle von belasteten Juristen wie Rudolf Greifeld und Chemikern wie Walther Schnurr (Hitlers Sprengstoffexperte). Im Kapitel II / III „Deutsches Zwischenspiel“ beschreibt er die „Affaire Greifeld“, die seinem Leben eine schicksalhafte Wendung gegeben hatte.

Aufgrund der beschriebenen langjährigen Diskriminierung hatte sich Léons Nervenleiden verstärkt, die vermutliche Spätfolge einer Hirnhautentzündung, die er in der Kindheit auf der Flucht erlitten hat. Seine Ehe mit Rolande Grünbaum, mit der er von 1970-1973 in Karlsruhe-Durlach und danach in Paris lebte, geht dadurch 1977 in die Brüche. In seinen letzten Jahren zieht es ihn wieder zu den Freunden nach Karlsruhe, aufgrund seines Nervenleidens nunmehr fest in der Hand von Ärzten. Er verstarb 2004 im Alter von 70 Jahren. Seine letzte Ruhestätte findet er in der Nähe des jüdischen Friedhofs in Bad Mingolsheim.

Im März 2011 erhielt der Unterzeichner einen Brief von Rolande Grünbaum aus Paris mit der Bitte ihr dabei behilflich zu sein, Léons Grab besuchen zu können. Sie hatte erst jetzt von seinem Tode aus einer Anzeige erfahren. Es war die vom Unterzeichner und einem anderen Wissenschaftler des Forschungszentrums unterzeichnete Anzeige in den Badischen Neuesten Nachrichten.

Am 15. April 2011 wurde an Léons Grab in Bad Mingolsheim der 2004 geschriebene Nachruf in französischer Sprache vorgetragen. Aus dem Nachruf:

„Wenn wir diesen kurzen Abriss seines Lebens mit denen anderer Menschen vergleichen, die von den Faschisten verfolgt wurden und die sich zur Wehr gesetzt haben – zum Beispiel mit Ludwig Marum – so kann bei aller Verschiedenheit der individuellen Voraussetzungen und Lebensverläufe immer wieder eines als bedeutsame Gemeinsamkeit erkannt werden: Menschlichkeit zeigt sich vor allem darin, mit welcher Kraft und mit welcher Konsequenz Wahrheit gesucht und Unrecht bekämpft wird. Beides hat Léon redlich getan. Wir werden ihm und seinem Wirken ein ehrendes Andenken bewahren. Wir werden Léon nicht vergessen, so wie wir die Vergangenheit nicht vergessen dürfen, wenn sie nicht erneut durchlitten werden soll. Schalom, Leon, Schalom.“

Erst jetzt konnte Rolande Léons bedeutende Rolle bei der Enttarnung Greifelds und die immense von ihm geleistete Arbeit richtig einordnen und ihm die Trennung verzeihen. Ein bewegendes Erlebnis.

Dietrich Schulze, 10. Juli 2012

Beginn | 10:00

Moderation | Jürgen Stude
Ev. Landeskirche Baden

Léon Gruenbaums doppelte Verfolgung durch Nazis und sein Widerstand
Dietrich Schulze

Die Aufdeckung der NS-Vergangenheit des Atommanagers Greifeld in Frankreich
Beate Klarsfeld

Die Judenverfolgung im besetzten Frankreich und die Vorgeschichte in Baden
Manja Altenburg und Beate Klarsfeld

Mittagspause

Braunfäule: Nazi-Karrieren in Nachkriegsdeutschland | Andrea Hoffend

Plutonium-Politik und Atomwaffen
Joachim Radkau | *Auszüge aus dem Gruenbaum-Manuskript „Genese der Plutoniumgesellschaft“ werden vorliegen*

Lernen aus der Geschichte | Nadja Brachmann und Studierende der Universitäten Karlsruhe und Heidelberg

Schlussrunde | Christof Müller-Wirth

Ende | 16:00

Der Arbeitskreis Kultur und Kommunikation (AKK) des AStA der Universität zeigt den französischen Spielfilm

„Die Hetzjagd“ („La Traque“)

eine dramatische Spurensuche. Beate und Serge Klarsfeld finden den untergetauchten Nazi Klaus Barbie, der „Schlächter von Lyon“.

Bei der Filmvorführung ist Beate Klarsfeld anwesend und kann befragt werden.

Freitag, 18. Oktober 2013 | 18.00 Uhr
Hertz-Hörsaal der Universität
(KIT Campus Süd)
nahe dem Haupteingang Kaiserstraße

Über Spenden zur Durchführung des Symposiums würden wir uns freuen.
Konto 53 66 852 | BBBank BLZ 660 908 00
Stichwort: Gruenbaum

Einladung zum Symposium

Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934 – 2004)

Ein jüdischer Wissenschaftler im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik am Kernforschungszentrum Karlsruhe (heute KIT)



Mit Beiträgen von Beate Klarsfeld u.a.

Samstag, 19. Oktober 2013 | 10.00 Uhr – 16.00 Uhr
ver.di-Haus | Rüppurrer Straße 1a | Karlsruhe
www.forum-ludwig-marum.de

Das Symposium widmet sich dem Leben und Wirken von Léon Gruenbaum. Der Sohn jüdischer Eltern wurde nach deren Flucht aus Nazideutschland 1934 in Forbach, Lothringen geboren. Er wuchs bis zum Kriegsende in Frankreich auf. Nach Deutschland zurückgekehrt, studierte er in München Physik und wurde von Werner Heisenberg promoviert.

1970 wurde Gruenbaum als Physiker beim Kernforschungszentrum Karlsruhe mit einem Zeitvertrag angestellt, der 1973 trotz guter Leistungen entgegen der Regel nicht verlängert bzw. entfristet wurde.

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe stand von 1956 – 1974 unter der Leitung des ehemaligen Nationalsozialisten Rudolf Greifeld als administrativem Geschäftsführer. Bis heute ist er Ehrensenator der ehemaligen Universität jetzt KIT, wenn auch das KIT diese Würde „ausgesetzt“ aber nicht annulliert hat.

Greifeld, für seine fortgesetzte antisemitische Haltung bekannt, diskriminierte Gruenbaum und ruinierte mit Hilfe anderer dessen Berufsweg.

Wie seine Familie 30 Jahre zuvor musste Gruenbaum in einer zweiten Emigration zurück nach Frankreich. Dort nahm er sich mit einem Zweitstudium als Historiker an der Sorbonne vor, die wirtschaftlich-politischen Hintergründe und Traditionen der „Plutoniumwirtschaft“ aufzudecken.

Léon Gruenbaum hinterließ darüber ein 448 Seiten umfassendes bedeutendes mit Quellen belegtes Manuskript, das Gegenstand des Symposiums ist.

Er starb 2004 in Mingolsheim, vereinsamt und nach langer Krankheit. Sein Name und seine Verdienste blieben einer breiten Öffentlichkeit unbekannt.



Grab von Léon Gruenbaum in Mingolsheim.
Das hebräische Wort **צדקה** bedeutet „Gerechtigkeit“

Forum Ludwig Marum e.V. Karlsruhe
Erster Vorsitzender: Harald Denecken
Michael-Pacher-Weg 9 | 76149 Karlsruhe
E-Mail: harald@denecken.com

Die Anfänge der Plutoniumwirtschaft in der Bundesrepublik

Ein Datum gilt es festzuhalten: den 26. Januar 1956 – das Gründungsdatum der westdeutschen Atomkommission unter der Hoheit des Atomministers Franz Josef Strauß.

Präsident dieser Kommission wurde der frühere I.G.-Farben-Direktor Prof. Winnacker, in Nürnberg verurteilt wegen der Ausbeutung und Misshandlung von Auschwitzgefangenen. Nach dem Krieg saß er in zahlreichen Aufsichtsräten von Unternehmen, die mit dem kernenergetischen Brennstoffkreislauf befasst waren. Winnacker war auf diese Weise die „graue Eminenz“ der gesamten westdeutschen Atomwirtschaft.

Neben ihm war eine Reihe weiterer zwielichtiger Personen tätig wie Dr. Böttcher, Dr. Schnurr und andere. Walter Schnurr war vor dem Krieg als Direktor im Rüstungsgeschäft der Dynamit AG tätig, hatte die kritischen Nachkriegsjahre in Argentinien verbracht und wurde 1956 von Strauß in das Ministerium für Atomfragen geholt. Später wurde er Wissenschaftsdirektor im Karlsruher Kernforschungszentrum. 1973 erhielt Schnurr für die seiner zweiten Heimat erwiesenen Dienste von Präsident Peron die Mayo-Medaille, die höchste und selten an Ausländer verliehene Auszeichnung Argentinens.

Zitat aus dem Manuskript „Genese der Plutoniumgesellschaft“
Politische Konspirationen und Geschäfte
(Eels, Spivs and Butterflies) Paris 1982

Das **FORUM – LUDWIG MARUM** Karlsruhe, widmet sich der Aufgabe, im Sinne des öffentlich gedemütigten und im Konzentrationslager Kislau ermordeten jüdischen Ministers und Sozialdemokraten Ludwig Marum, die Erinnerungskultur in unserer Region zu pflegen und in die Gegenwart hineinzutragen.

In diesem Sinne veranstaltet das Forum am Samstag, den 19. Oktober 2013, im ver.di-Haus Karlsruhe ein Symposium mit dem Titel **“DER VERGESSENE WHISTLEBLOWER LÉON GRUENBAUM“**

Der 2004 verstorbene jüdische Physiker Léon Gruenbaum hatte in einer aufwändigen Studie die Verwicklungen der NS-belasteten Führungsriege der ersten Stunde des ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT-Campus Nord) um den ehemaligen Wehrmachtschef im besetzten Paris, Rudolf Greinfeld, aufgedeckt.

Das FORUM-LUDWIG MARUM möchte mit diesem Symposium einen Beitrag dazu leisten, das posthum einem jüdischen Wissenschaftler ehrt, der mit seiner Familie im Dritten Reich nach Frankreich flüchten musste.

Als ehemaliger Heisenberg-Schüler erlebte er bei seiner Tätigkeit im Kernforschungszentrum weitere rassistische Diskriminierungen. Es gelang ihm gemeinsam mit Serge und Beate Klarsfeld Beweismittel ans Tageslicht zu fördern, die Greinfeld dann letztendlich zu Fall brachten.

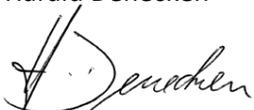
Sein Mut, sein uneigennütziger Einsatz für die Wahrheit und die wissenschaftliche Aufklärung, sowie seine Betroffenheit über die Machenschaften der internationalen “Plutonium-Politik” sind für das **FORUM – LUDWIG MARUM** Anlass, diesen fast vergessenen, aufrechten jüdischen Wissenschaftler eine Plattform zu bieten, um aus der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik zu lernen und die Erkenntnisse an die nächste Generation der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter zu vermitteln.

- Das Symposium beginnt um 10 Uhr, moderiert von Jürgen Stude, Evangelischen Landeskirche Baden, mit Grußworten.
- Danach wird der ehemalige Betriebsrat des Forschungszentrums Karlsruhe, Dr. Dietrich Schulze, über die Person des zu Ehrenden sprechen mit dem Titel **„Léon Gruenbaums doppelte Verfolgung durch Nazis und sein Widerstand“**.
- Es folgt ein Vortrag von Beate Klarsfeld mit dem Titel **“Aufdeckung der NS-Vergangenheit des Atommanagers Greinfeld in Frankreich“**.
- Dann referieren Manja Altenburg („Jüdische Kulturvermittlung“ Heidelberg) und Beate Klarsfeld über **“Die Judenverfolgung im besetzten Frankreich und die Vorgeschichte in Baden“**
- Anschließend wird die Historikerin Dr. Andrea Hoffend über **“Braunfäule: Nazi-Karrieren im Nachkriegsdeutschland“** sprechen.
- Es folgt der Bielefelder Historiker Prof. Dr. Joachim Radkau (Autor des Buchs „Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft“) mit dem Thema **“Plutoniumpolitik und Atomwaffen“**.
- Schließlich hat die Jugend mit Schlussfolgerungen das Wort. Nadja Brachmann und Studierende der Universitäten Karlsruhe und Heidelberg tragen ihre Überlegungen zu **“Lernen aus der Geschichte“** vor.
- Das **Schlusswort** kommt dem Verleger und Journalisten Dr. Christof Müller-Wirth (Ehrenmitglied des Fördervereins „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“) zu.
- Ende des Symposiums gegen 16 Uhr.

Am Vorabend des Symposiums zeigt der Arbeitskreis Kultur und Kommunikation (AKK) des AStA der Uni (KIT) im Beisein von Beate Klarsfeld den Film “Die Hetzjagd” (“La Traque”) über die dramatische Spurensuche nach dem Nazi Klaus Barbie, den “Schlächter von Lyon”. 18. Oktober, 18 Uhr, Hertz-Hörsaal der Universität Karlsruhe.

Beigelegt bzw. in der Internetseite des Forums www.forum-ludwig-marum.de nachlesebar, der Flyer für das Symposium sowie ein Reader mit erläuternden Dokumenten und Auszügen aus Léon Gruenbaums Monographie „GENESE DER PLUTONIUM-GESELLSCHAFT - Politische Konspirationen und Geschäfte“.

Harald Denecken



Erster Vorsitzender des Forum - Ludwig Marum e.V. Karlsruhe
Michael-Pacher-Weg 9 | 76149 Karlsruhe | haralddenecken@t-online.de

Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France Militants de la Mémoire

F.F.D.J.F.

Association régie par la Loi de 1901
32, rue La Boétie – 75008 Paris

Président : Me Serge Klarsfeld

Téléphone : 01 45 61 18 78 - 01 45 62 41 71 - Fax 01 45 63 95 58 E.Mail : Klarsfeld.ffdjf@wanadoo.fr

28. Mai 2006

Herrn
Dietrich Schulze
VVN
Fax : 00 49 721 38 54 03

Hieber Herr Schulze,

Legen Ihnen Artikel aus "Tribune Juive" über Rudolf Greifeld bei.
Wie Sie ersehen können, es war nicht nur Greifeld, der wieder einen hohen
Posten nach dem Krieg gefunden hatte, sondern auch Dr. Waldemar Ernst,
Hauptgeschäftsführer der Schwäbischen Hüttenwerke..

mit freundlichen Grüßen

Bein Klarsfeld

Ernst war Leiter des Polizeireferats des Militärbefehlhabers in Frankreich,
verantwortlich für zahlreiche Polizeimassnahmen gegen die Juden und Festnahme
der ersten tausend französischen Juden 1941

Monde

Le très zélé Dr. Rudolf Greinfeld

Le "patron" de la Recherche nucléaire d'Allemagne Fédérale ne s'est guère repenti des activités nazies qu'il exerçait pendant la guerre. A Paris.

L'hebdomadaire "Der Stern" et "Le Spiegel" ont révélé dernièrement la candale de la collusion entre l'Allemagne Fédérale et l'Afrique du Sud de l'Apartheid dans le domaine nucléaire. En réponse aux très vives attaques dont il fut l'objet, le gouvernement de l'Allemagne Fédérale (voir notre article sur l'"Aigle Impérial de Bonn"), prétendu qu'il s'agissait là de contrats de Centres d'études nucléaires qui sont des affaires privées...

Assez curieusement on a peu parlé de ces centres de recherches. En vérité, il n'en existe qu'un seul. Il se trouve à Karlsruhe. Son "patron" est le Dr. Rudolf Greinfeld, qui n'a jamais caché les excellents rapports qu'il

entretenait avec l'Afrique du Sud et qui, pour autant qu'on le sache, est également responsable de la vente de réacteurs atomiques à un autre pays dont le régime n'est pas particulièrement pointilleux sur le plan de la morale : le Brésil.

Apparemment, le Dr. Rudolf Greinfeld, qui a toute la confiance du gouvernement allemand, est un homme discret. L'ennui est que sa discrétion connaît des éclipses. Surtout quand il a dû...

C'est ainsi qu'un groupe de savants du Centre de Recherches nucléaires de Karlsruhe a été amené à écrire le 15 janvier 1973, au Dr Volker Hauff, secrétaire d'Etat fédéral à la Recherche Scientifique. Dans cette lettre, les savants faisaient état de confidences de cocktail par l'honorable Dr Rudolf Greinfeld quelque peu émêché. "C'est moi -avait dit en substance le directeur général- qui ait organisé la visite du Führer, à Paris en 1940. Le Führer

est d'ailleurs un type très... Juifs recommencent les mêmes... que jadis...".

Y a-t-il vraiment compatibilité entre les fonctions scientifiques du Dr Greinfeld, son sombre passé, les certitudes qui sont restées les siennes, sur le Führer et sur les Juifs et ses énormes responsabilités dans le domaine nucléaire, et les rapports entretenus par le Dr Greinfeld avec des Etats aussi peu respectueux du droit des gens que l'Afrique du Sud et le Brésil ? A cette question, le secrétaire d'Etat de Bonn n'a pas jugé utile de répondre.

Le Dr Léon Grunbaum, un jeune savant français s'intéressa alors de près aux années de guerre du Dr Greinfeld. Le Dr Grunbaum prétend, entre autres, que si son contrat n'a pas été renouvelé en 1973 par son employeur, le Centre d'études nucléaires de Karlsruhe, c'est en raison des sentiments antisémites du PDG, le Dr Rudolf Greinfeld.



A gauche, un portrait du Dr. Greinfeld à l'occasion des cérémonies marquant son 60e anniversaire. Ci-dessous, le Dr. Greinfeld en compagnie du Dr. Alberts, Vice-Président de la Commission à l'Energie Atomique d'Afrique du Sud. - (Documents du Kernforschungszentrum, Karlsruhe).

30. 5. 1972

Dr. J. F. Tschernilin (rechts), stellvertretender Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA), Wien.



L'ami de M. Greinfeld

Sur ces entrefaits, le hasard voulut que le directeur des Ateliers de Baden-Württemberg, le Dr. Waldemar Ernst rencontre un chercheur du Centre de Karlsruhe. "Mais je connais bien votre directeur, le Dr Greinfeld, lui dit-il. Rappelez-moi à son bon souvenir, nous avons travaillé ensemble pendant la guerre au Commandement Militaire. A Paris".

Les recherches que le Dr Grunbaum entreprend aussitôt avec la collaboration de Serge et de Beate Klarsfeld, permettent alors de dévoiler la personnalité du ... Dr Ernst.

C'est lui qui fait arrêter, le 12 décembre 1941, un millier de Juifs français, principalement des "personnalités" et des intellectuels. Ils furent internés à Compiègne dans des conditions effroyables, relatées par le professeur Georges Wellers dans "L'Etoile jaune à l'heure de Vichy", et par Jean-Jacques Bernard dans "Le camp de la mort lente". La plupart de ces malheureux (558) auxquels, on avait adjoint 554 autres Juifs de Drancy, furent déportés le 27 mars 1942. Les survivants du convoi se comptent sur les doigts d'une seule main...

Le Dr Grunbaum demanda aussitôt l'ouverture d'une enquête judiciaire sur M. Ernst. Dans une lettre au Ministre allemand de la Recherche Scientifique à Bonn, M. Mathöfer, il rappela par ailleurs ses démêlés avec le Dr Greifeld et fit remarquer le caractère fort suspect des relations de guerre et parisiennes du Directeur du Centre Nucléaire de Karlsruhe. Comme le Secrétaire d'Etat, le ministre ne donna aucune suite au courrier.

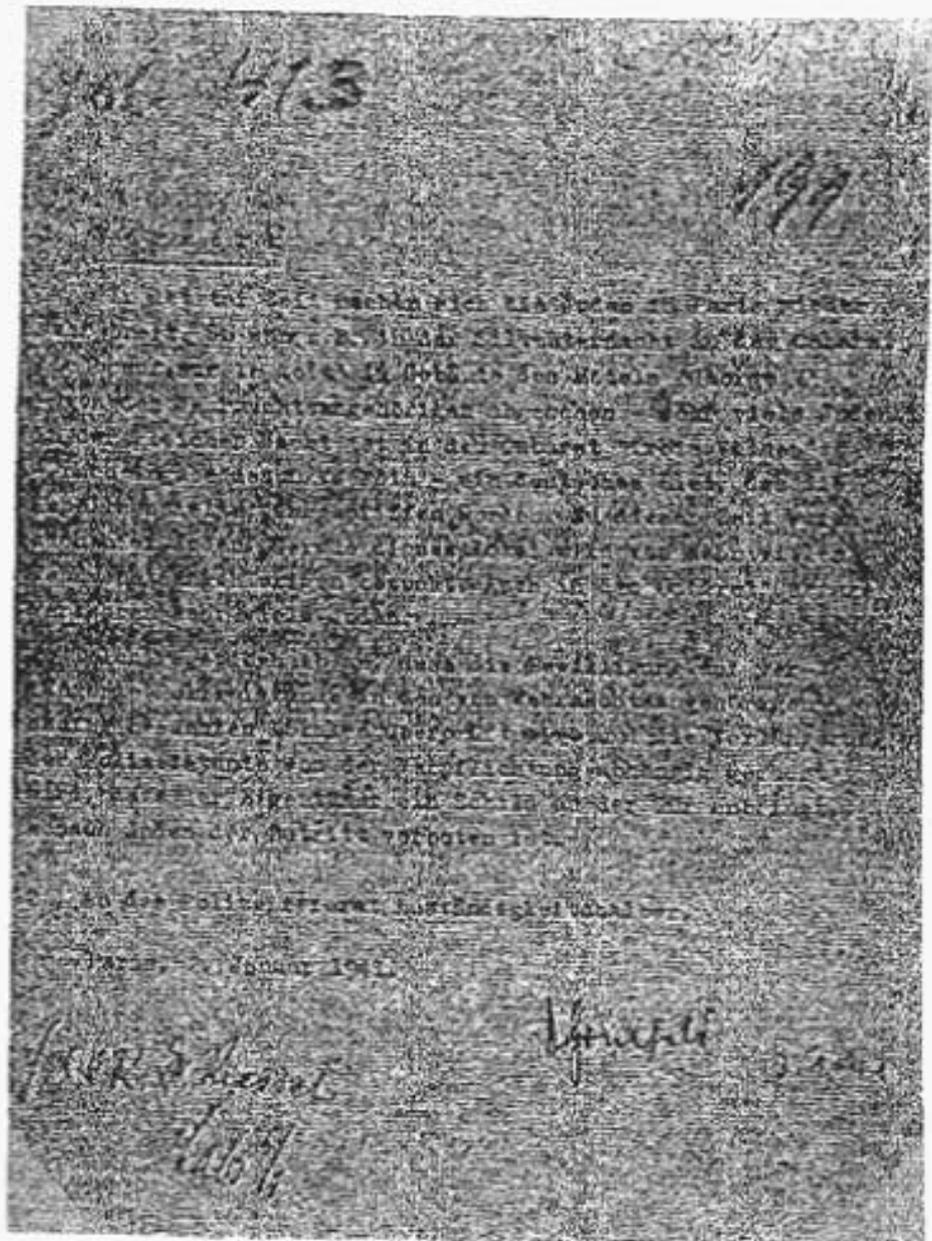
Juden Verboten

On en était là quand les recherches de Serge et Beate Klarsfeld dans les archives allemandes ont conduit, au début de cette semaine, à la découverte d'un premier document qui met gravement en cause le Dr Rudolf Greifeld : Le 2 janvier 1941, c'est-à-dire tout au début de l'occupation allemande, une circulaire anti-juive est signée par un certain Greifeld. A la lecture de ce document, le signataire apparaît comme l'un de ces personnages douteux qui, à force de zèle, veulent prouver leur attachement à la cause de leurs maîtres. Greifeld, occupant de Paris en janvier 1941, "demande" (ce qui prouve l'autorité attachée à sa personnalité ou à ses fonctions) "une prolongation du couvre-feu" dans Paris et "contraint" les propriétaires de "cabarets" "à suspendre une enseigne à leur porte d'entrée, interdisant aux Juifs l'accès du local". Lundi dernier, Mme Bermann-Laufer, expert graphologue auprès la Cour d'Appel de Paris, a authentifié la signature du Dr Greifeld. C'est bien la même plume qui a signé la lettre de 1972 et le document du 2 janvier 1941.

Et demain ?

Voilà quel fut le passé du Dr Rudolf Greifeld, grand patron du Centre de Recherches Nucléaires de Karlsruhe, homme de confiance du gouvernement allemand, vendeur de centrales nucléaires aux pays fascistes. De ce passé, on l'a vu, Herr Doktor Greifeld, n'éprouve aucun remord.

Les recherches, dans les archives laissées par les forces d'occupation allemandes continuent. Quels que soient leurs résultats, demain, il semble d'ores et déjà inadmissible que le Dr Greifeld puisse continuer à exercer les moindres responsabilités dans le domaine nucléaire, et qui plus est dans une Allemagne liée par des actes très précis sur son réarmement. ■



1) CIRCULAIRE.

LES DERNIERS TEMPS LES JUIFS SORTENT TROP FREQUEMMENT DANS PARIS. PAR EXEMPLE ON A RENCONTRE DURANT LE NOUVEL AN BEAUCOUP DE JUIFS DANS LE CABARET "LE BOEUF SUR LE TOIT", A L'HOTEL "GEORGE V", LIEUX SOUVENT FREQUENTES PAR L'ARMEE ALLEMANDE. D'APRES LES TEMOIGNAGES DU OKVJ FEIN, ON AURAIT MEME SIFFLE, CETTE NUIT-LA AU CABARET "TROIS VALSES" PENDANT QUE L'ORCHESTRE JOUAIT UNE CHANSON ALLEMANDE. CET ENDROIT EST PARTICULIEREMENT BIEN FREQUENTE PAR DES MEMBRES DE L'ARMEE ALLEMANDE. DANS LE CABARET "CARRIERE" SE TROUVENT EGALEMENT BEAUCOUP DE JUIFS.

POUR CETTE RAISON, JE DEMANDE UN CONTROLE POLICIER PLUS INTENSE DANS LES LOCAUX FREQUENTES PAR L'ARMEE ALLEMANDE, AINSI QU'UNE PROLONGATION DU COUVRE-FEU : LES PROPRIETAIRES SERONT CONTRAINTS DE SUSPENDRE UNE ENSEIGNE A LEUR PORTE D'ENTREE, INTERDISANT AUX JUIFS L'ACCES DU LOCAL.

2) CIRCULAIRE A TRANSMETTRE A LA DIRECTION DE LA POLICE

PARIS, LE 2 JANVIER 1941

Signé : GREIFELD

Date contresignée : 3.1.41.

Der äußerst diensteifrige Dr. Rudolf Greifeld

Der „Patron“ der Atomforschung der Bundesrepublik Deutschland empfindet wenig Reue über seine Nazi-Aktivitäten, die er während des Krieges verübte – in Paris.

Die Wochenblätter „Der Stern“ und „Der Spiegel“ haben kürzlich den Skandal über die geheime atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheid-Regime in Südafrika aufgedeckt. Auf die heftigen Angriffe, die daraufhin folgten, reagierte die deutsche Bundesregierung (siehe unseren Artikel „Der imperiale Adler von Bonn“) mit der Behauptung, dabei handele es sich um Verträge zwischen Kernforschungszentren, die Privatangelegenheit seien...

In der Öffentlichkeit wurde merkwürdigerweise sehr wenig über diese Forschungszentren gesprochen. Tatsächlich gibt es auch nur ein einziges. Es befindet sich in Karlsruhe. Dessen „Patron“ ist Dr. Rudolf Greifeld, der aus seinen ausgezeichneten Beziehungen zu Südafrika niemals einen Hehl gemacht hat und für den Verkauf von Atomreaktoren an ein Land verantwortlich ist, das in moralischer Hinsicht nicht besonders empfindlich ist: Brasilien.

Anscheinend ist Dr. Rudolf Greifeld, der das volle Vertrauen der deutschen Bundesregierung genießt, ein diskreter Mann. Leider versagt seine Diskretion hin und wieder. Besonders unter Alkoholeinfluss...

Dies führte dazu, dass eine Gruppe von Wissenschaftlern aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe sich genötigt sah, am 15. Januar 1973 an Dr. Volker Hauff, den bundesrepublikanischen Forschungsminister, einen Brief zu schreiben. Darin informierten sie ihn über die Geständnisse, die der ehrenwerte Dr. Rudolf Greifeld etwas angetrunken beim Cocktail abgelegt hatte. „Ich habe“ – so hatte der Generaldirektor im Wesentlichen gesagt – „den Besuch des Führers 1940 in Paris organisiert. Der Führer war übrigens ein sehr offener Mensch, und die Juden benehmen sich wieder so wie früher...“

Sind die wissenschaftlichen Funktionen von Dr. Greifeld tatsächlich vereinbar mit seiner dunklen Vergangenheit, mit seinen unverändert gebliebenen Ansichten über den Führer und über die Juden? Ist seine große Verantwortung im atomaren Bereich vereinbar mit den Beziehungen, die Dr. Greifeld zu Staaten pflegt, die die Menschenrechte so wenig achten wie Südafrika und Brasilien?

Diese Fragen zu beantworten, erachtete der Bonner Minister nicht für nötig.

Ein junger französischer Wissenschaftler, Dr. Léon Gruenbaum, interessierte sich nun näher für die Kriegsjahre von Dr. Greifeld. Dr. Grünbaum behauptet unter anderem, sein Arbeitsvertrag sei 1973 von seinem Arbeitgeber, dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, wegen der antisemitischen Einstellung von dessen Geschäftsführer, Dr. Rudolf Greifeld, nicht verlängert worden.

Der Freund von Herrn Greifeld

Mittlerweile wollte es der Zufall, dass der Direktor der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH in Aalen, Dr. Waldemar Ernst, einem Forscher aus dem Karlsruher Zentrum begegnete. „Ich kenne Ihren Direktor, Dr. Greifeld, sehr gut“, erklärte er diesem. „Übermitteln

Sie ihm meine besten Grüße, wir haben während des Krieges in Paris in der Militärverwaltung zusammengearbeitet.“

Die Nachforschungen, die Dr. Gruenbaum zusammen mit Serge und Beate Klarsfeld daraufhin anstellte, ermöglichen es, die Identität von Dr. Ernst zu enthüllen.

Er war es nämlich, der am 12. Dezember 1941 die Verhaftung von tausend französischen Juden veranlasst hatte, hauptsächlich bekannte Persönlichkeiten und Intellektuelle. Sie wurden in Compiègne unter entsetzlichen Bedingungen interniert, die Georges Wellers in „Gelber Stern in der Vichy-Zeit“ und Jean-Jacques Bernard in „Das Lager des langsamen Todes“ im Einzelnen beschrieben haben. Die meisten (558) dieser Unglücklichen, denen man weitere 554 Juden aus Drancy beigegeben hatte, wurden am 21. März 1942 deportiert. Die Überlebenden dieses Transports kann man an den Fingern einer einzigen Hand abzählen...

Dr. Gruenbaum verlangte, auch über Herrn Ernst juristische Nachforschungen einzuleiten. In einem Schreiben an Herrn Matthöfer, deutscher Minister für Wissenschaft und Forschung in Bonn, erinnerte er gleichzeitig an seinen Streit mit Dr. Greifeld und wies auf die äußerst verdächtigen Pariser Kriegskontakte des Direktors des Kernforschungszentrums hin. Der Minister setzte, ebenso wie der Staatssekretär, den Briefwechsel nicht fort.

Juden verboten

In dieser Situation führten die Nachforschungen von Serge und Beate Klarsfeld in den deutschen Archiven am Anfang der Woche zur Entdeckung eines ersten Dokuments, das Dr. Rudolf Greifeld völlig fragwürdig erscheinen lässt. Am 2. Januar 1941, das heißt zu Beginn der deutschen Besatzung, war von einem gewissen Greifeld eine antijüdische Anweisung unterschrieben worden. Beim Lesen dieses Dokuments erscheint der Unterzeichner als einer jener zweifelhaften Personen, die von übermäßigem Eifer getrieben ihre Dienstbereitschaft für die Sache ihrer Herren beweisen wollen. Greifeld, im Januar 1941 Besatzer von Paris, „regt an“ (was die Autorität beweist, die seiner Person oder Funktion zukam) „eine Verlängerung der Verdunkelung“ in Paris und „verpflichtet“ die Eigentümer von „Kabarets“, „an ihrer Eingangstür ein Hinweisschild aufzuhängen, dass Juden der Zutritt zum Lokal untersagt ist“.

Am letzten Montag hat Frau Bermann-Laufer, Expertin für Handschriften beim Berufungsgericht in Paris, die Unterschrift von Dr. Greifeld auf ihre Echtheit geprüft. Tatsächlich wurden der Brief von 1972 und das Dokument vom 2. Januar 1941 mit demselben Federstrich unterzeichnet.

Und morgen?

Das ist also die Vergangenheit von Dr. Rudolf Greifeld, großer Patron des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Mann des Vertrauens der deutschen Regierung, Verkäufer von Atomkraftwerken an faschistische Länder. Wegen dieser Vergangenheit leidet Herr Dr. Greifeld, wie wir gesehen haben, unter keinem einzigen Gewissensbiß.

Die Nachforschungen in den von der Besatzungsmacht hinterlassenen Archiven werden weitergeführt. Welche Ergebnisse diese in der Zukunft auch immer haben werden, so erscheint es bereits jetzt als unzulässig, dass Dr. Greifeld auch nur die geringste verantwortliche Position auf atomarem Gebiet bekleidet, noch dazu in einem Deutschland, das an genau festgelegte Vorschriften hinsichtlich seiner Wiederbewaffnung gebunden ist.



Aktion und Ausstellung „Elftausend jüdische Kinder“ mit Beate Klarsfeld und Trude Bähr aus Paris am 26. Mai 2006 auf Hbf Karlsruhe und in ver.di-Haus.



Zol. 413

LXXVI-4

191

1.) V e r m e r k

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So war z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret "Le bouaf sur le toit" im Gebäude des Hotels "George V" - von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen - sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret "Trois Valées" - nach Angabe des OKVJ Fein - ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret "Carrera" verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeithalber,

Paris, 2. Januar 1941.

J. S. K. H. Riessel,
Lab 7/1

H. G. W. Feld

3.1.41.

Dr. RUDOLF GREIFELD
GESCHÄFTSFÜHRER DER
GESELLSCHAFT FÜR KERNFORSCHUNG M. B. H.

75 KARLSRUHE 1 , 5. Juni 1972
WEBERSTRASSE 5
F 07247 / 822000

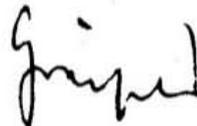
Herrn
Dr. Volkhard Jung

75 Karlsruhe-Waldstadt
Elbinger Str. 2 A

Sehr geehrter Herr Dr. Jung!

Besten Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 1972, in der Sie mir
Grüsse von Dr. Ernst ausgerichtet haben. Zur Klarstellung möchte
ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne,
insbesondere aus gemeinsamer Zeit in Paris. Doch waren weder
er noch ich Kommandant sondern wir waren beide in der Militär-
regierung Frankreich tätig.

Mit freundlichen Grüßen



... ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne,
insbesondere aus gemeinsamer Zeit in Paris. Doch waren weder
er noch ich Kommandant sondern wir waren beide in der Militär-
regierung Frankreich tätig.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. RUDOLF GREIFELD
GESCHÄFTSFÜHRER DER
GESELLSCHAFT FÜR KERNFORSCHUNG M.B.H.

75 KARLSRUHE 1
WEBERSTRASSE 5
F 07247/822000

Ich möchte zuerst Herrn Dr. Greifeld, Mitglied der Geschäfts-
führung am Kernforschungszentrum Karlsruhe, meinen Dank
aussprechen, mir erlaubt zu haben, den Beweis zu erbringen,
daß Dr. Waldemar Ernst, Hauptgeschäftsführer bei der Schwäbischen
Hüttenwerke GmbH, Aalen, Tel. (07361) 5021, in seiner Tätigkeit
als Oberkriegsverwaltungsrat in Paris und Leiter der Abt.
Polizei an den Judenaktionen in Frankreich beteiligt war und
zu den unmittelbaren Verantwortlichen der Judenverfolgung in
Paris zählte in Verbindung mit SS Obersturmbannführer Kurt
Lischka.

Herr Dr. Greifeld, der sich zur gleichen Zeit wie Dr. Ernst in
verantwortlicher Funktion beim Militärbefehlshaber in Frank-
reich befand, hat mir enthüllt, wo ich Dokumente über die
antijüdische Tätigkeit von Dr. Waldemar Ernst finden könnte.
Ich habe diese Dokumente an Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Gehrling
in Köln weitergeleitet.

Es gab Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Greifeld und mir,
aber seine Angaben über Dr. Ernst waren für mich und die deutsche
Justiz sehr wertvoll, die zur Zeit den Prozeß der Hauptver-
antwortlichen der Endlösung der Judenfrage in Frankreich
vorbereitet, der in Köln stattfinden wird.

L. Grünbaum, 75 avenue Aristide Briand,
92120 Montrouge (Frankreich)

Der Militärbefehlshaber in Frankreich
Verwaltungsstab Abteilung Verwaltung

Paris, am 11.11.1944

IV-187

Aktenzeichen V 24104/48/41

Betreff: Deportation jüdisch-bolschewistischer EL
zu Zwangsarbeiten nach dem Osten.

Sachbearbeiter: OKVR Dr. Ernst.

eing. 26.6.75

Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich

Herausgegeben von Serge Klarsfeld, Rechtsanwalt

Verlegt und veröffentlicht von Beate und Serge Klarsfeld
Paris 16, Rue de Versailles 196

Auszug *Biographien*
S. 234

Ernst, Waldemar Dr.:
Geboren in Heidelberg;
1940 bis 1942 Leiter des
Polizeireferats des
Militärbefehlshabers in
Frankreich; verantwortlich
für zahlreiche
Polizeimaßnahmen gegen
die Juden und Festnahme
der ersten tausend
französischen Juden 1941;
bis 1975 Hauptgeschäftsführer
der Schwäbischen
Hüttenwerke,
Wasserralingen; wohnhaft:
Aichstätten/Eschbach –
Bachhof, Tel. (0 75 65) 15
95.



Greifeld, Rudolf Dr.:
Geboren November 1911, Oschatz; Kriegsverwaltungsassessor
(Kommandant von Groß-Paris); schlägt im Januar 1941 diskriminierende Maßnahmen gegen die Juden vor; nach 1945 Managing-Direktor bei der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe; wohnhaft Karlsruhe, Fichtenstraße 7, Tel. (07 21) 2 68 26.

Als Vorläufer des zentralen Judenamtes sei bei der Polizeipräfektur in Paris bereits ein Judendienst ins Leben gerufen worden. Die weiteren Dinge müßten den Franzosen überlassen bleiben, um die Reaktion des französischen Volkes gegen alles, was von den Deutschen komme, auf diesem Gebiete auszuschalten; die deutschen Stellen hätten sich also nach Möglichkeit nur auf Anregungen zu beschränken.

KVChief Dr. Best faßte das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß die Dienststellen des SD – nach Fühlungnahme mit der Deutschen Botschaft – auf den ihnen zur Verfügung stehenden Verbindungen mit französischen Politikern die Franzosen zu den erforderlichen weiteren Maßnahmen anzuregen haben würden. Diese Maßnahmen würden französischerseits ohne Zweifel in die Form von Gesetzen oder Verordnungen gekleidet werden. Auf dem Weg der Vorprüfung der französischen Gesetzgebung würde alsdann der Militärbefehlshaber in Frankreich damit befaßt werden. Dieser würde die französischerseits getroffenen gesetzlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem SD und der Deutschen Botschaft prüfen. Späterhin sei wegen der Beaufsichtigung des französischen zentralen Judenamtes usw. die notwendige Vereinbarung zu treffen.

Major i. G. Crome erklärte sich hiermit einverstanden. KVChief Dr. Best gab alsdann die Weisung für die Abteilung Verwaltung des Verwaltungsstabes, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit die deutschen Maßnahmen gegen die Juden deshalb abgebaut werden könnten, weil inzwischen französischerseits entsprechende Maßnahmen gegen die Juden getroffen worden seien. Der Abbau der deutschen Maßnahmen könnte gegebenenfalls den Franzosen in Aussicht gestellt werden, um deren Initiative auf dem Gebiete der Lösung des Judenproblems zu wecken.

3. Zum Vorgang.

Im Auftrage:
Mahnke

2

XXVI-13

Der Militärbefehlshaber in Frankreich
Verwaltungsstab, Abteilung Verwaltung

Paris, am 3. Februar 1941

Aktenzeichen: V in 160

Betreff: Weitere Behandlung der Judenfrage in Frankreich.

Sachbearbeiter: KVR Mahnke

1. Eintragungen für Gruppe i
2. Vermerk:

Am 30. 1. 41 fand eine Besprechung über die weitere Behandlung der Judenfrage in Frankreich statt, an der folgende Herren teilnahmen:

KVChief Dr. Best

OKVR Kettner

OKVR Dr. Ernst

KVR Mahnke

Major i. G. Crome

Oblt. Grüninger

SS-Sturmabführer Lischka

SS-Obersturmführer Dannecker

SS-Sturmabführer Lischka trug vor, bei der weiteren Behandlung der Judenfrage in Frankreich sei es das Ziel, die Lösung des Judenproblems in Europa nach den im Reich angewandten Richtlinien sicherzustellen. Zu diesem Zweck sei die Schaffung eines zentralen Judenamtes für Frankreich oder zunächst für das besetzte Gebiet Frankreichs geplant.

Dieses zentrale Judenamt solle folgende Aufgaben haben:

1. Behandlung aller polizeilichen Judenangelegenheiten (Judenerfassung, Judenregister, Judenüberwachung);
2. Wirtschaftlicher Kontrolldienst (Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, Mitwirkung bei der Rückführung jüdischer Betriebe in arische Hände);
3. Propaganda-Abteilung (antijüdische Propaganda im französischen Volk);
4. Antijüdisches Forschungsinstitut

Verwaltungsstab
des Militärbefehlshabers
in Frankreich
desgleichen
desgleichen
desgleichen
I c des Militärbefehlshabers
in Frankreich
desgleichen
vom Beauftragten des Chefs
der Sicherheitspolizei
und des SD in Belgien
und Frankreich
desgleichen

40

DLXVI-6b

Abschrift

Der Militärbefehlshaber in Frankreich
Verwaltungsstab, Abteilung Verwaltung
Verw. V pol 290-1311/42 a

13. Mai 1942

Geheim

An den

Leitenden Feldpolizeidirektor
beim Mil. Bef. in Frankreich
Paris

Betr.: Beteiligung von Juden an kommunistischen Terrorakten gegen die Wehrmacht

Bezug: Morgenmeldung vom 12. 5. 42

Der Militärbefehlshaber wird noch in diesem Monat eine Verordnung über die Kennzeichnung der Juden herausgeben.

Es ist erforderlich, daß das notwendige Verständnis für diese Verordnung bei der französischen Bevölkerung durch die Presse und den Rundfunk propagandistisch vorbereitet wird.

Hierzu kann es zweckmäßig sein, daß in der Propaganda darauf hingewiesen wird, daß in letzter Zeit in besonders häufigem Maße Juden als Täter oder intellektuelle Urheber bei kommunistischen gegen die Wehrmacht gerichteten Terroraktionen festgestellt wurden. In der Morgenmeldung vom 12. 5. 42 sind erneut eine Reihe derartiger Juden aufgeführt. Es wird gebeten, umgehend das erforderliche Material, das in der Presse bereits ausgewertet werden kann, der Propagandaabteilung Frankreich – Gruppe Aktivpropaganda – zur Verfügung zu stellen.

Diese hat eine Abschrift dieses Schreibens erhalten.

Für den Militärbefehlshaber
Der Chef des
Verwaltungsstabes Im
Auftrage:
gez. **Dr. Ernst**

Nur im „Lischka-Prozess“ konnten die „Endlöser“ von Frankreich in der Bundesrepublik zur Rechenschaft gezogen werden – weitere Strafverfahren wurden unterdrückt.

Im Kölner NS-Dokumentationszentrum „EL-DE-Haus“ in unmittelbarer Nähe zum früheren Landgericht erinnert seit Mitte Mai eine Ausstellung an das Strafverfahren gegen drei führende Nazis, denen unter anderem mehr als 70 000 französische Juden zum Opfer gefallen sind: Kurt Lischka, Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn.

Die Hauptverhandlung am Kölner Landgericht am Appellhofplatz begann am 23. Oktober 1979 und endete nach nur drei Monaten am 11. Februar 1980 mit hohen Freiheitsstrafen gegen alle Angeklagten. SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka bekam zehn, SS-Sturmbannführer Herbert Hagen zwölf und SS-Staffelunterscharführer Ernst Heinrichsohn sechs Jahre Gefängnis. Die rechtskräftig verurteilten NS-Verbrecher leben nicht mehr. Auch das Strafverfahren geriet langsam in Vergessenheit, obwohl es eines der wichtigsten in der Geschichte der NS-Prozesse war. Es ging um die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich.

Zur Eröffnung der Ausstellung war auch Beate Klarsfeld aus Paris nach Köln gekommen. Sie und ihr Ehemann Serge hatten über viele Jahre Dokumente gesucht und schließlich gefunden, die nach langem Warten 1979 endlich zur Hauptverhandlung führten. Die Vorgeschichte war eine Kette von Skandalen. Im Bundestag, in der Bundesregierung, aber auch auf französischer Seite gab es einflussreiche Leute, die das Verfahren verhindern wollten. Dass es dennoch zum Prozess gekommen ist, daran war das Ehepaar Klarsfeld maßgeblich beteiligt. Genannt werden sollten aber auch der Kölner Staatsanwalt Rolf Holtfort und Landgerichtsdirektor Heinz Fassbender, den Vorsitzenden Richter im „Lischka“-Prozess. Kein Richter vor und nach ihm hat ein so schwieriges Verfahren in so kurzer Zeit rechtskräftig beendet.

Der „Lischka-Prozess“ – so wird das Verfahren seit damals genannt – war deshalb so wichtig, weil es der erste und einzige geglückte Versuch war, die „Endlöser“ von Frankreich in der Bundesrepublik zur Rechenschaft zu ziehen. Holtfort wollte noch weitere deutsche Schreibtischtäter wegen der Verbrechen in Frankreich auf die Anklagebank bringen. Er scheiterte aber an seinem Vorgesetzten, dem Kölner Generalstaatsanwalt Werner Pfromm, einem ehemaligen NS-Führungsoffizier. Der hatte mit dem Lischka-Prozess genug. Er ließ Dokumente gegen andere Verdächtige an die zuständigen Staatsanwälte in anderen Städten weiterleiten. Die waren historisch überfordert und stellten die Ermittlungen ein.

Pfromm kommt in einem Buch nur einmal vor, das sich speziell mit der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich beschäftigt. Professor Ahlerich Meyer ist Historiker. Eines seiner Spezialgebiete ist die Besatzungszeit Frankreichs. Dazu gehört für Meyer untrennbar auch die deutsche Justiz nach 1945 und deren Umgang mit möglichen NS-Tätern. Sein jüngstes Buch heißt „Täter im Verhör. Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich 1940–1944“, das 2005 in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt erschienen ist. Meyer kennt den Völkermord in Frankreich. Er beschreibt die einzelnen Etappen und die Beteiligung der einzelnen Täter. Weil Meyer die Verhörprotokolle der Verdächtigen sehr genau gelesen hat, kann er zitieren, was diese Männer später gegenüber der deutschen Justiz und Polizei gesagt haben. Sie wollen selbstverständlich nichts gewusst, gesehen, gehört und befohlen haben. Meyer stellt nun geschickt diese drei Phasen gegenüber. Das ist schriftstellerisch gekonnt gemacht und gut geschrieben. Dass es auch kritische Anmerkungen gibt, versteht sich von selbst. Es fällt auf, dass Meyer kaum etwas zur Rolle des erwähnten Kölner Generalstaatsanwalts Werner Pfromm schreibt. Gerade dessen Rolle bei der Unterdrückung weiterer Strafverfahren wegen der „Endlösung in Frankreich“ hätte der Klärung bedurft, um Licht in dieses trübe Kapitel der Justiz nicht nur in Köln zu bringen.

Meyers Buch ist leider bisher von der Fachwelt wie vom Publikum kaum zur Kenntnis genommen worden. Das ist höchst bedauerlich, weil es über dieses Kapitel deutsch-französischer Zeitgeschichte nur wenige interessante und gute Bücher gibt. Ein Grund mag der Preis sein. 79,90 Euro für 472 Seiten sind einfach zu viel.

Heiner Lichtenstein

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

D 2094 A

Mittwoch, 26. November 1975, Nr. 274 D

Herausgeber: von Bruno Rehder, Jürgen Eich, Peter Ulrich, Paul, Judith Frei, Johann Georg Krollenbrunn, Erich Walter

DRUCK: [unleserlich]

FAZ 26.11.75

Vermeidbare Blamage

Das Ärgernis, dem sich das BMPT mit der Forderung von 350 französischen Physikern nach der Enthebung Greifelds — früher Geschäftsführer am Kernforschungszentrum Karlsruhe — von seiner hohen Funktion am Laue-Langevin-Institut in Grenoble jetzt ausgesetzt sieht, hätte es sich ersparen können. Es bleibt unbekannt, wieso das Bundesforschungsministerium 1974 der Berufung Greifelds als Mitglied des Lenkungsausschusses und als Berater des ILL überhaupt zustimmen konnte. Der parlamentarische Staatssekretär D. Volker Hauff war schon 1973 schriftlich und mündlich über die bestehenden Verdachtsmomente unterrichtet worden. Wenn damals die inzwischen bekanntgewordenen konkreten Details und Dokumente auch noch nicht vorgelegen hätten, so waren die Hauff unterbreiteten Indizien doch der Art, daß die Ernennung Greifelds dem Ministerium unter diesen Umständen als politisch untragbar hätte erscheinen müssen. Immerhin hat Hauff diese Informationen — neben anderen Beschwerden über die unzutrefflichen Zustände im Kernforschungszentrum Karlsruhe — auf einer Veranstaltung dort am 23. November 1973 öffentlich als falsche Behauptungen hingestellt, wobei er mit der Nennung der Namen der Beschwerdeführenden zugleich das Vertrauen brach, auf das diese von ihm als Bundestagsabgeordneten auch rechtlich begründeten Anspruch hatten.

Unverständlich bleibt die Ernennung auch deshalb, weil Greifeld, wie bekannt, für das Mißmanagement im Personal- und Forschungsbereich des Kernforschungszentrums Karlsruhe wesentlich verantwortlich ist. Es hat entscheidend zu dessen — noch heute darauf lastenden — Ineffizienz beigetragen. Dieses Mißmanagement ist unter anderem schon 1969 von dem damaligen Abgeordneten Karl Moersch vor dem Bundestag (Sitzungen vom 31.3. und 8.5.1969) und vom Bundesrechnungshof (Bundestagsdrucksache VI 2897 vom 16.9.1971) und immer wieder in der F.A.Z. kritisiert worden. — Greifeld, der Jurist ist, wurde 1974 für seine Verdienste um den Aufbau des Kernforschungszentrums Karlsruhe mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

B. H.

Ärgernis am ILL in Grenoble

350 französische Wissenschaftler fordern die Abberufung von R. Greifeld

Die sofortige Enthebung Dr. R. Greifelds von seinem Amt als Mitglied des Lenkungsausschusses des Max von Laue — Paul Langevin-Instituts (ILL) in Grenoble fordern 350 französische Festkörperphysiker in einem Brief vom 17. November an den Generaldirektor des Instituts, Professor R. Mössbauer, und an seine beiden Mildrektoren, den Franzosen Professor Dreyfus und den Engländer Professor Winter. Greifeld werden antijüdische Aktivitäten während der Besetzung in Paris vorgeworfen. Die gleiche Forderung würde von wissenschaftlichen Mitarbeitern des ILL und seitens der Gewerkschaften von Grenoble erhoben.

Das Max von Laue — Paul Langevin-Institut in Grenoble war 1967 als gemeinschaftliches deutsch-französisches Forschungszentrum für nukleare Festkörperphysik gegründet worden. Seit 1974 beteiligt sich auch England daran. Der wichtigste Teil des mit rund 200 Millionen DM Aufwand errichteten Forschungszentrums ist der Kernreaktor für extrem hohen Neutronenfluß, womit Festkörpermateriale bestrahlt werden. Maßgebliches Organ des ILL ist der Lenkungsausschuß, das Comité de Direction. Erster Generaldirektor war bis 1971 Professor Heinz Maier-

Leibnitz, seitdem Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Träger des ILL ist eine deutsch-französisch-englische Gesellschaft nach französischem, bürgerlichem Recht. Die Baukosten und die Betriebskosten wurden ursprünglich von der Bundesrepublik und Frankreich je zu 50 Prozent getragen. Seit dem Beitritt Englands trägt jedes Land ein Drittel der Betriebskosten. Deutscher Gesellschafter ist die Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe (Kernforschungszentrum), über die auch die deutschen Gelder (1975 = 13,5 Millionen DM) laufen.

Greifeld war bis 1973 Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe gewesen. Während des Krieges hatte er bis 1941 der Militärverwaltung in Paris angehört, die bis dahin für Judenfragen in Frankreich zuständig gewesen war. Der Vorwurf antijüdischer Aktivitäten Greifelds — darunter die Sperrung von Nachtlokalen in Paris für Juden — wird von der Liga gegen Rassismus und Antisemitismus erhoben. Dokumente zur Belegung dieser Vorwürfe sind auch dem Schreiben an den Generaldirektor des ILL beigelegt.

K. H.

Stz 8.12.75

Greifeld verzichtet

Von unserer Karlsruher Redaktion

do. KARLSRUHE. Dr. Rudolf Greifeld, bis vor zwei Jahren Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe, hat auf sein Amt als Mitglied des Lenkungsausschusses des von Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien gemeinsam getragenen Max-von-Laue/Paul-Langevin-Instituts in Grenoble (ILL) verzichtet. Greifeld hat seinen Entschluß am Wochenende dem Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Hans Hilger Haunschild, mitgeteilt. Dem Juristen Greifeld, der im nächsten Jahr den Vorsitz des Lenkungsausschusses übernehmen sollte, war von 350 französischen Wissenschaftlern vorgeworfen worden, während des zweiten Weltkrieges als Mitglied der deutschen Militärregierung in Paris eine Anordnung unterzeichnet zu haben, die Juden das Betreten öffentlicher Lokale untersagte. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Volker Hauff, hatte daraufhin mitgeteilt, Greifelds Amt ruhe so lange, bis der Vorwurf geprüft worden sei. Gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ erklärte Greifeld, sich an die Unterzeichnung der ihm vorgehaltenen Anordnung nicht erinnern zu können. Als Verbindungsbeamter der Wehrmacht zum Präfekten von Paris sei er für Maßnahmen gegen Juden nicht zuständig gewesen. Er habe auf sein Amt freiwillig verzichtet, um das internationale Gremium in Grenoble nicht durch Erörterungen um seine Person zu belasten.

Die «Jagd auf die Nazis»...

Eine neue Bombe von Beate Klarsfeld

Herr Doktor Rudolf Greifeld, ehemaliger Generaldirektor des Atomforschungszentrums von Karlsruhe, Verwaltungsratsmitglied des Max von Laue-Paul Langevin-Instituts von Grenoble empfahl 1941 in Paris in seiner Eigenschaft als Offizier des deutschen Militärkommandos, dass die Besitzer von Kabarets gezwungen werden, an ihrer Eingangstür ein Schild aufzuhängen, das den Juden den Zutritt zu den Bäumen untersagte. Das ist die Anklage, die gestern in Strasbourg auf einer Pressekonferenz in den Büros der Wochenzeitschrift «Tribune juive» von Beate und Serge Klarsfeld vorgebracht wurde.

Der Zünder, wenn man so sagen kann, der neuen Bombe, die somit von dem berühmten Paar losgelassen wurde, das Jagd auf Kriegsverbrecher des Nationalsozialismus macht, ist ein französischer Forscher, Léon Grunbaum, der ebenfalls gestern in Strasbourg anwesend war. Nachdem er drei Jahre im Zentrum von Karlsruhe gearbeitet hatte, erfährt er 1973, dass sein Vertrag nicht erneuert werde. Er nimmt an, dass der Grund dafür der Antisemitismus des Direktors der Anstalt ist. Hatte Rudolf Greifeld nicht einige Monate zuvor erklärt, dass er 1940 den Besuch Hitlers in Paris organisiert habe, «dass der Führer übrigens ein sehr netter Typ gewesen sei und dass die Juden die gleichen Irrtümer begingen wie ehemals?» Léon Grunbaum erfährt ausserdem, dass zu den Bekannten seines Exdirektors ein gewisser Waldemar Ernst gehört, Generaldirektor von Stahlwerken in Baden-Württemberg und dass die beiden Männer sich während der Besatzungszeit in Paris kennenlernten. Er wendet sich an Beate und Serge Klarsfeld.

Diese sind gerade damit beschäftigt, der französischen Militärjustiz und dem Staatsanwalt von Rheinland-Westfalen Gegebenheiten über die deutschen Verantwortlichen für die jüdischen Verfolgungen in Frankreich zu liefern. Dank der Unterzeichnung des deutsch-französischen Abkommens von Januar 1975 wird gegen diese Verantwortlichen — das hofft man zumindest — im kommenden Jahr in Deutschland ein Prozess geführt. Es sind bereits 22, darunter Kurt Lischka und Herbert Hagen.

Sollte mit der Affäre Greifeld ein weiterer hinzugekommen sein? Die Klarsfelds hoffen es, wie sie uns gestern morgen sagten. Es handelt sich um Waldemar Ernst. Infolge ihrer Nachforschungen klagen sie ihn an, 1941 die erste Deportation von französischen Juden organisiert zu haben: über 1100 Personen, von denen nur einige Überlebende zurückkamen... Léon Grunbaum beantragte die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens, einen Schritt, den die Klarsfelds nicht unternehmen konnten: gegen beide wurde in Deutschland ein Haftbefehl ausgestellt.



Beate Klarsfeld, ihr Gatte und Léon Grunbaum.
(PHOTO DNI)

Aber was hat Rudolf Greifeld mit all dem zu tun? Seine Beziehungen zu Waldemar Ernst können ihm von der Justiz nicht vorgeworfen werden. Beate und Serge Klarsfeld durchsuchen weiterhin geduldig die französischen Archive. Sie geben nicht auf.

Und am Freitag, dem 17. Oktober dieses Jahres, finden sie eine Note, die 1941 von einem gewissen Greifert an die deutsche Polizei gerichtet wurde: «Seit einiger Zeit gehen die Juden in Paris zu häufig aus usw...» Am Montag, dem 20. Oktober bestätigt M^{rs} Bermann-Lauer, handschriftliche Gutachterin beim Berufungsgericht von Paris — unter Vorbehalt hinsichtlich der Qualität der Fotokopien, die ihr unterbreitet wurden, — dass die Unterschrift auf dieser Note von der Hand Dr. Rudolf Greifelds stammt. So hat also ein Verwaltungsratsmitglied eines französisch-deutsch-britischen Instituts während der Besatzungszeit in Paris aktiven Antisemitismus an den Tag gelegt. Noch schlimmer, er hätte selbst die Initiative ergriffen, da er nicht auf Befehl handelte...

So weit sind die Dinge gediehen. Beate Klarsfeld, ihr Ehemann und Léon Grunbaum hoffen, dass zumindest die Wissenschaftler der drei Länder reagieren werden. Man kann auf jeden Fall damit rechnen, dass die Affäre in Deutschland Sensation macht. Das Atomforschungszentrum von Karlsruhe ist dasjenige, in dem das Verfahren zur Urananreicherung entwickelt wurde, an dem sich die Südafrikaner für ihre Pilotanlage in Valindaba inspirierten. Nach dem Skandal, der durch die zu... diskrete Reise von General Rall, Delegierter der deutschen Luftwaffe bei der NATO, nach Südafrika hervorgerufen wurde, kommt dieser Zwischenfall wirklich zu einem ungünstigen Zeitpunkt.

Dr. Greifeld leugnet

War der ehemalige Generaldirektor des Atomforschungszentrums von Karlsruhe Greifeld ja oder nein der Unterzeichner des, gelinde ausgedrückt, antisemitischen Schreibens vom 2. Januar 1941? Wir haben gestern mit Direktor Greifeld gesprochen, der über die verschiedenen Punkte der gegen ihn gerichteten Anklage folgende Angaben gemacht hat.

1) Die Nichterneuerung des Arbeitsvertrags von Grunbaum: Ein normales Verfahren, denn der Vertrag war abgelaufen und wurde nicht verlängert, genau wie der der meisten ausländischen Forscher. Gegen Grunbaum liegt keine Diskriminierung vor, und es kann auf keinen Fall die Rede von Antisemitismus sein.

2) Das Schreiben vom 2. Januar 1941: Greifeld zeigt sich erstaunt über den Inhalt dieser ihm zugeschriebenen Botschaft. Er betont, er habe sich nie um Judenfragen beim deutschen Militärkommando in Paris bekümmert. Man hatte ihm die Verproviantierung übertragen und um diese Zeit war er Verbindungsoffizier bei der Präfektur von Paris. Am 2. Januar 1941 behauptet Greifeld — soweit seine Erinnerungen stimmen — er sei an Weihnachten zu seiner Familie in Urlaub gegangen.

3) Seine Beziehungen zu Dr. Ernst, der viele tausend Juden in Frankreich festnehmen liess, Greifeld gibt tatsächlich, vom Staatsanwalt in Köln verhört worden zu sein, der diese Aifäre untersuchen sollte. Aber es dürfte sich um ein Homonym zwischen zwei «Ernst» handeln.

Nach Erkundigungen bei der Staatsanwaltschaft von Köln, die mit den Akten «endgültige Lösung der Judenfrage in Frankreich» beauftragt worden war, ist Dr. Waldemar Ernst, zur Zeit Generaldirektor der Stahlwerke in Baden-Württemberg, tatsächlich in die Sache verwickelt, desgleichen 22 andere Personen, davon Kurt Lischka, traurigen Angedenkens. Aber die Untersuchung läuft weiter, und das Datum für den Prozess wurde noch nicht festgesetzt.

J.-C. KIEFER und G. SCHUFFENECKER

UNIVERSITÉ PARIS VII
GROUPE DE PHYSIQUE DES SOLIDES
DE L'ÉCOLE NORMALE SUPÉRIEURE

(LABORATOIRE ASSOCIÉ AU CENTRE NATIONAL DE LA RECHERCHE SCIENTIFIQUE)

Tour 23, 2, place Jussieu, 75221 Paris Cedex 05

TÉLÉPHONE 336 25-25 - 325 12-21 - POSTE

PARIS, le 27 Février 1976.

Monsieur MATTHOFER,
Ministre Fédéral de la Recherche
et de la Technologie,
B.P. 120370,
53 BONN 12

Allemagne


Monsieur le Ministre,

Je me permets de vous écrire au nom de mes collègues à la suite de la lettre que m'a adressée de votre part Monsieur le Directeur Ministériel Dr. F. Bischoff le 18.12.1975 et dont je vous remercie. Les 400 physiciens des solides français signataires de la motion pendant le départ de Monsieur R. Greinfeld du Comité de Direction de l'Institut von Laue-Langevin de Grenoble, ont accueilli avec satisfaction la réalisation de leur souhait. Cependant, nous avons été informés de diverses sources de l'interprétation de notre action qu'on fait circuler de façon officieuse auprès du personnel du Centre de Recherches Nucléaires de Karlsruhe. Il apparaît que cette action aurait été qualifiée de complot entre des physiciens allemands et français en vue de saboter l'amitié franco-allemande.

Au nom des signataires je m'adresse à vous, Monsieur le Ministre, pour vous demander de réagir avec énergie contre ces insinuations calomnieuses contre lesquelles nous élevons la protestation la plus indignée. Les physiciens ayant initié l'action au sujet de Monsieur R. Greinfeld sont de toute tendance politique, n'ont pris connaissance des faits que par la presse et n'ont eu de contacts à ce sujet avec aucun physicien allemand. Les signataires représentent plus de la moitié des physiciens français des solides et comptent parmi eux quelques uns des chercheurs de la plus haute notoriété internationale dans ce domaine. C'est précisément pour défendre l'amitié franco-allemande qu'il se sont élevés contre la présence au sein d'un organisme franco-allemand d'un homme au passé trouble. Rejeter avec force les séquelles du nazisme est une attitude qui ne relève d'aucune option politique mais est le devoir de tout honnête homme et nous sommes certains, Monsieur le Ministre, que vous partagez avec nous ce sentiment. La certitude de ce sentiment commun est en fait le ciment même qui a permis de rebâtir l'amitié franco-allemande après la guerre.

et permet aujourd'hui la collaboration harmonieuse entre physiciens allemands et français.

Si il était confirmé que de tels bruits sont répandus au sujet de notre action, si ces bruits n'étaient pas rapidement, officiellement et publiquement démentis, au besoin par la reprise de l'enquête commencée par le Dr. Bischoff au sujet de Monsieur R. Greifeld, l'injure faite à la communauté scientifique française serait difficilement réparable et porterait alors, et alors seulement un préjudice grave à l'esprit d'amitié dans la collaboration franco-allemande, à laquelle nous tenons tous.

Nous espérons, Monsieur le Ministre, recevoir de vous rapidement une réponse rassurante sur cette grave question, et vous prions dans cette attente, de croire à nos sentiments les plus déférents.

pour les signataires,

G. AmseL

G. AMSEL,
Directeur de Recherche au Centre
National de la Recherche Scientifique.

copie à :-Monsieur le Secrétaire parlementaire, Docteur HAUFF,
-Monsieur le Directeur Ministériel, Docteur BISCHOFF,
-Monsieur le Secrétaire d'Etat HAUENSCHILD, Président
du Conseil d'Administration du Centre d'Etudes
Nucléaires de Karlsruhe,
-Monsieur le Président de la Société Française de Physique.

- Monsieur le Président de la Société Allemande de Physique

Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie KIT
Prof. Eberhard Umbach
Kaiserstraße 12
76131 Karlsruhe

KIT-Ehrensator Dr. Rudolf Greifeld

Sehr geehrter Herr Prof. Umbach,

wir wünschen Ihnen Erfolg in Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit und bitten um Nachsicht, dass wir Sie gleich zu Beginn Ihrer Position als alleiniger KIT-Präsident mit einem Thema befassen müssen, das weit in die Vergangenheit der beiden KIT-Vorläufer zurückreicht.

Als langjährige ehemalige Beschäftigte des Forschungszentrums haben wir mit tiefer Bestürzung erfahren, dass in der erstmals ins Internet gesetzten Liste der 182 KIT-Ehrensatoren Rudolf Greifeld geführt wird: „Die damalige Universität Karlsruhe verlieh Dr.-jur. Rudolf Greifeld 1969 die Ehrensatorenwürde.“

Herr Greifeld musste Anfang 1976 vorzeitig von seiner Funktion als administrativer Geschäftsführer des Kernforschungszentrums (seit Gründung 1956 hatte er diese Position) entlassen werden, weil dessen jahrzehntelang gehütetes Geheimnis ans Licht der Öffentlichkeit gebracht worden war. Er war als SS-Kriegsverwaltungsrat Kommandant von Groß-Paris, d.h. Hitlers oberster Statthalter im besetzten Paris.

Im Oktober 1975 war aufgrund der Nachforschungen von Serge und Beate Klarsfeld ein Dokument aufgefunden worden, das Greifelds Antisemitismus unter Beweis stellte (2.1.1941 „In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. ...“). Diese Enthüllung hatte eine jahrelange Vorgeschichte, die mit Greifelds Diskriminierung des bei der damaligen Gesellschaft für Kernforschung beschäftigten jüdischen Kernphysikers Dr. Leon Grünbaum ins Rollen kam. Mehrere Beschäftigte sahen sich veranlasst, am 15.1.1973 ein Schreiben an den Forschungsminister zu richten. Greifeld hatte sich beim Empfang von gewählten WissenschaftlerInnen damit gebrüstet, den Hitler-Besuch 1940 in Paris organisiert zu haben und erklärt: „Immerhin ist Hitler ein bedeutender Mann gewesen.“ Aufgrund der Recherchen und Veröffentlichungen von Grünbaum und den Klarsfelds hatten 400 WissenschaftlerInnen der internationalen Forschungseinrichtung „Institut Laue-Langevin“ ILL in Grenoble mit einer Petition die Demission Greifelds als deutsches Mitglied im ILL-Lenkungsausschuss durchgesetzt. Nach graphologischer Echtheitsbestätigung des obigen Dokuments konnte Greifelds aktive Rolle bei der Judenverfolgung nicht länger vertuscht werden. Aufgrund seines unbelehrbaren nazistischen und antisemitischen Charakters war er als Manager einer öffentlichen Forschungseinrichtung untragbar geworden.

Das alles ist dem Gremium der Universität Karlsruhe bei der Beschlussfassung im Jahr 1969 mit Sicherheit nicht bekannt gewesen. Einen Antisemiten mit Nazi-Vergangenheit als KIT-Ehrensator zu führen, ist eine Schande und fügt dem Ansehen des KIT großen Schaden zu.

Wir ersuchen Sie hiermit, Herr Prof. Umbach, Ihre Autorität dafür einzusetzen, dass diese Ehrensatorwürde annulliert wird.

Mit freundlichen Grüßen



Zur Information mit der Bitte um Unterstützung:

- Ministerin Dr. Annette Schavan; Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Ministerin Theresia Bauer; Oberbürgermeister Heinz Fenrich (Vorstandsvorsitzender der Technologieregion Karlsruhe); Prof. Manfred Popp (früherer Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums)
- Landtagsfraktionen der Koalition Edith Sitzmann, Claus Schmiedel; regionale Landtagsabgeordnete Dr. Frank Mentrup, Alexander Salomon, Dr. Gisela Splett, Johannes Stober
- UStA KIT Philipp Rudo; Personalrat KIT Dr. Wolfgang Eppler; Gewerkschaft ver.di Susanne Wenz, Thorsten Dossow, Detlev Meier, Rebecca Ragnow, Hanna Binder, Leni Breymaier; Gewerkschaft GEW Alfred Uhing, Matteo Foschi, Maria Galda, Achim Brötz, Doro Moritz
- Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe David Seldner, Solange Rosenberg; Rolande Tordjman-Grunbaum (Witwe von Leon Grünbaum), Paris; Beate Klarsfeld, Paris

Sénateur d'honneur du KIT Dr. Rudolf Greifeld

Monsieur le Président,

Permettez-nous de vous envoyer nos souhaits de succès pour vos activités dans votre nouvelle fonction responsable de Président du KIT. En même temps, nous prions de bien vouloir nous excuser que, déjà au début de votre travail dans cette position, nous attirons votre attention sur un problème qui remonte loin dans l'histoire des deux prédécesseurs du KIT.

En tant qu'anciens collaborateurs du Centre de recherche nous venons d'apprendre avec le sentiment d'une grande consternation que la liste des 182 sénateurs d'honneur du KIT nouvellement publiée dans l'internet contient le nom de Rudolf Greifeld: »L'ancienne Université de Karlsruhe a décerné en 1969 le titre de sénateur d'honneur au docteur en droit Rudolf Greifeld.«

Au début de l'année 1976 M. Greifeld a été licencié prématurément de son poste de directeur administratif du Centre des recherches nucléaires (poste qu'il occupait depuis sa fondation en 1956) car certaines informations tenues secrètes pendant des décennies avaient été rendues publiques. En tant que conseiller d'administration de guerre de la SS, il était le commandant du Grand-Paris. En autres termes il était le gouverneur supérieur d'Hitler de la ville de Paris occupée.

Grâce aux recherches de Serge et Beate Klarsfeld, un document qui prouvait l'antisémitisme de Greifeld avait été découvert en octobre 1975 (2 janvier 1941: »Ces derniers temps, le Juifs prennent de nouveau leurs aises à Paris «). Cette révélation avait une préhistoire durant des années qui débutait par la discrimination d'un physicien nucléaire juif, le Dr. Léon Grunbaum, qui était employé dans la Société de la recherche nucléaire de l'époque. Plusieurs employés se sont sentis amenés à adresser le 15-01-1973 une lettre de protestation au Ministre de la Recherche scientifique de la R.F.A. pour attirer son attention sur le fait que Greifeld, lors d'une réception de scientifiques choisis, s'était vanté d'avoir organisé la visite d'Hitler à Paris en 1940 et avait déclaré devant eux: »Tout de même, Hitler avait été un homme important.« Suite aux recherches et publications de Grunbaum et des Klarsfeld, 400 scientifiques de L'Institut international »Laue-Langevin« à Grenoble avaient signé une pétition et obtenu la démission de Greifeld du poste de représentant de la R.F.A. dans le Comité directeur de cet institut. Après que l'authenticité du texte ait été reconnue par un graphologue, il n'était plus possible de tenir secret le rôle actif de Greifeld dans la persécution des juifs. Etant donné ses opinions nazies et antisémites irrécupérables, il n'était plus possible de le laisser conserver son poste de manager d'une grande institution de recherche publique.

Tout cela n'était certainement pas connu du Comité Directeur de l'Université de Karlsruhe lors de la prise de décision en 1969. C'est une honte que d'avoir en tant que sénateur d'honneur un antisémite avec un passé de nazi, et cela inflige un grand préjudice à la réputation du KIT.

Par la présente nous vous demandons de faire usage de votre autorité pour que soit mis un terme à ce titre de sénateur d'honneur.

Veuillez agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)

Quelle: www.juedische-allgemeine.de

206 413

XXVI-4

199

1.) Vermerk

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So wagt z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret "Le boeuf sur le toit" im Gebäude des Hotels "George V" - von den Wehrmachtangehörigen abgesehen - sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret "Trois Valées" - nach Angabe des OUVJ Fein - ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepiffen worden. In dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret "Carrere" verkehren sehr viele Juden.

Ich lege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zustelligkeitshalber.

Paris, 2. Januar 1941.

J. v. R. & Kiesel
Lab 7/1

Greifeld
2.1.41.

Frau
Dagmar Hamdi
Hagsfelder Allee 3a
76131 Karlsruhe

Präsident
Prof. Dr. Eberhard Umbach

Hermann-von-Helmholtz-Platz 1
76344 Eggenstein-Leopoldshafen

Telefon: +49 721 608-22000
Fax: +49 721 608-26123
E-Mail: eberhard.umbach@kit.edu
Web: www.kit.edu

Datum: 01. Oktober 2012

Herrn
Dr.-Ing. Dietrich Schulze
Winterstr. 27
76137 Karlsruhe

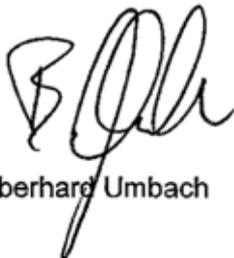
Herrn
Dr. Volkhart Jung
Elbingerstr. 2a
76139 Karlsruhe

KIT-Ehrensator Dr. Rudolf Greifeld

Sehr geehrte Frau Hamdi, sehr geehrter Herr Dr. Schulze, sehr geehrter Herr Dr. Jung,

mit Ihrem Schreiben vom 10. September 2012 haben Sie mich darauf aufmerksam gemacht, dass Dr. Rudolf Greifeld, dem im Jahre 1969 die Ehrensatorwürde der damaligen Universität Karlsruhe verliehen wurde, ein allem Anschein nach äußerst fragwürdiges Amt in der Zeit des Nationalsozialismus innehatte sowie eine ebenso fragwürdige persönliche Einstellung zeigte. KIT nimmt diese Hinweise sehr ernst. Daher hat der KIT-Senat umgehend eine umfassende Prüfung des Sachverhalts durch die Ethikkommission des KIT veranlasst. Neben Dr. Rudolf Greifeld werden überdies alle weiteren 18 Ehrensatoren, die in der Zeit des Nationalsozialismus ernannt wurden, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Ethikkommission wird dem KIT-Senat seine Ergebnisse übermitteln, auf deren Basis eine Entscheidung über das weitere Vorgehen getroffen wird.

Mit bestem Dank für Ihren Hinweis und freundlichen Grüßen,



Eberhard Umbach

70 Jahre lang

Erlebnisse und Beobachtungen

„1970 erreichte der (formelle) technische Geschäftsführer Dr. Walther Schnurr sein Alterslimit. Er schien nicht traurig darüber zu sein, nun endlich in den Ruhestand gehen zu dürfen. Während seiner letzten Jahre im Kernforschungszentrum hatte er sich so wieso vorzugsweise mit Uranforschungen beschäftigt und sich dabei überwiegend in seinem Privatlaboratorium aufgehalten - ein Privileg, das weder vorher noch nachher einem Geschäftsführer der KfK zuteil wurde. Schnurr, ein Chemiker, war während des Krieges in hoher Position bei den Farbwerken Hoechst beschäftigt; nach Kriegsende entschwand er zunächst mal für sieben Jahre nach Argentinien und Bolivien. Auf Anregung seines früheren Chefs Winnacker erhielt er

1956 zuerst einen Abteilungsleiterposten im neugegründeten Forschungsministerium und später (1960 - 70) die Stelle des technischen Geschäftsführers bei der KfK. Er hat keine sonderlichen Spuren hinterlassen, verstand es aber - siehe oben - immer tüchtige, jüngere Mitarbeiter um sich zu scharen. Als Schnurr abtrat, zog es ihn bald wieder zurück zu seinen alten Kameraden nach Südamerika.

Sein Nachfolger für die nächsten fünf Jahre war Prof. Dr. Otto Haxel, ein freundlicher älterer Herr, aber zugleich ein ausgewiesener Wissenschaftler. Hauptamtlich war er Direktor am II. Physikalischen Institut der Universität Heidelberg. Für seine Entdeckungen zum Schalenmodell der Atomkerne war er international bekannt geworden und mehrmals für den Physik-Nobelpreis vorgeschlagen worden. Nach Weggang meines bisherigen Chefs Dr. Eitz zurück zu RWE war Haxel für nahezu zwei Jahre mein Vorgesetzter. Regelmäßig mittwochs um 11 Uhr musste ich ihm eine Stunde lang in seinem Büro, auf dem Sofa sitzend, über die Fortschritte beim KNK-Projekt berichten. Haxel kannte sich nicht übermäßig gut bei den Brüterproblemen aus, zeigte aber Interesse und hatte keine Scheu simple Fragen zu stellen. Mit der Zeit kamen wir in engeren Kontakt. Er erzählte mir freimütig von seinem Ärger, den er mit Professor Wirtz hatte und der offenbar noch aus der gemeinsamen Zeit in Göttingen herrührte. Aufgefrischt wurde er durch differierende Ansichten bei der zukünftigen Struktur des Zentrums. Wirtz wollte wenige, aber große und heterogene Institute; Haxel favorisierte kleine, spezialisierte Einheiten, wie er sie von den Forschungsanstalten Max Planck und Fraunhofer kannte. Im Nachhinein gesehen hatte Haxel wohl recht, aber Wirtz war damals noch ein sehr einflussreicher und mit allen Wassern gewaschener Kontrahent.

Den Umbruch in der Führungsetage der KfK leitete der Weggang des kaufmännischen Geschäftsführers Dr. Rudolf Greifeld ein. Er war 1956 als junger Oberregierungsrat aus dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium auf diese Position gelangt und hat das Gesicht des Zentrums nachhaltiger geprägt als seine drei technischen Kollegen Ritter, Schnurr und Haxel zusammen. Sein entschlossenes Agieren, seine intimen Kenntnisse der Ministerialbürokratien in Bonn und Stuttgart sowie der lokalen Behörden kamen der Entwicklung des Zentrums sehr zugute. Zusammen mit fähigen administrativen Mitarbeitern (Ziegler, Neck, Schaible etc.) und hervorragenden Baumeistern (Sommer, Sesemann) hat er dem Zentrum Struktur und Gestalt gegeben. Aber 1974, nach 18-jähriger Tätigkeit in der gleichen Position holte auch Greifeld seine Vergangenheit ein. Als junger Leutnant soll er sich während der Besatzungszeit in Paris allzu schneidig geriert haben und als er dem französischen Gastwissenschaftler Dr. Leon Grünbaum - nomen est omen - den Anstellungsvertrag aufkündigte, geriet er in den Verdacht rassistischer Verhaltensweisen. Nachdem dies noch von dem Publizisten Robert Jungk aufgegriffen und veröffentlicht wurde, war Greifeld nicht mehr zu halten. Er musste, 62-jährig und sehr gegen seinen Willen, den Weg in die Rente antreten. Selbst den ersehnten Beratervertrag schlug man ihm ab, dafür erhielt er am 26. Juni 1974 im Rahmen einer "erhebenden Zeremonie" das Grosse Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus der Hand des Herrn Staatssekretärs und Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Hans-Hilger Haunschild. Die BRD ließ sich da nicht lumpen!"

Herrn Dr. Dietrich Schaible
mit besten Empfehlungen
von Verfasser
Willy Marth

Willy Marth

7-10-04

Karlsruhe, im September 2003

aus Schreiben 15.1.1973

Macht- und Einflußinteressen der Direktoren zurechtgelegt ist. Leider hören wir jedoch, daß der Aufsichtsrat diesen Sprachgebrauch naiv für bare Münze nimmt. Wir empfehlen daher die Auflösung dieser Kommission und den Abbruch ihrer Arbeit, da dabei nur neue, noch schlimmere Fehlkonstruktionen herauskommen können.

Was nun den kaufmännischen Geschäftsführer Dr. Greifeld anbelangt, so wünscht dieser sich offensichtlich seinen Leiter der Personalabteilung und Prokuristen Schaible als Nachfolger. Dies geht aus dessen verstärkten Aktivitäten in der Arbeitsgemeinschaft für Großforschungseinrichtungen (AGF) und gegenüber dem Karlsruher Betriebsrat hervor. Er ist einer der Hauptverfasser des berüchtigten AGF-Papiers (50% der wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter mit Zeitverträgen) und der Hauptpromotor aller repressiven Maßnahmen hier am Zentrum wie Zeitverträge, Stechuhren und Personalbeurteilungsbögen. Über seine Stechuhrenpläne hat er selbst vor dem Wissenschaftlichen Rat gesagt, daß sie der besseren Kontrolle, d.h. aber dem besseren "in den Griff kriegen" der Mitarbeiter dienen sollen. Gleitzeitvorteile können sich nämlich bei den Karlsruher Verhältnissen nicht ergeben, (z.B. liegen die Fahrzeiten der Omnibusse der Stadt Karlsruhe durch deren Gesamtfahrplan fest). Mit den Personalbeurteilungsbögen sollen alle Mitarbeiter durch Zensuren nach den gleichen Kriterien reglementiert werden, die die Hierarchie erteilen soll, was allen kooperativen Bestrebungen nur entgegenwirken kann.

Der persönliche und geistige Hintergrund all solcher Bestrebungen ist darin zu sehen, daß Schaible, Greifeld, der Leiter der Allgemeinen Verwaltung und des Wachdienstes Söldner, sowie der Personalreferent Siebenhaar und andere sich als eine Gruppe am Zentrum etabliert haben, die nach eigenen Bekundungen durch eine Kriegskameradschaft besonderer Art miteinander

verbunden ist. Welcher besonderen Art diese Kriegskameradschaft ist, wurde deutlich, als Greifeld sich einmal gewählten Delegierten gegenüber zu vorgerückter Stunde eines Cocktailempfanges dahingehend offenbarte, daß er es gewesen sei, der den Besuch Hitlers in Paris organisiert habe (laut Speer-Memoiren gab es nur einen einzigen 1941) und was für ein bedeutender Mann Hitler gewesen sei, und daß die Juden heute schon wieder dieselben Fehler machten wie früher. Tatsächlich besitzen wir inzwischen ein Dokument darüber, daß Greifeld während des Krieges Mitglied der Militärregierung Frankreich in Paris gewesen ist. Entsprechender Art sind auch die Anordnungen und Impulse, die von der so gearteten Administration dieses Zentrums ausgehen. Beispielsweise gab Greifeld die Anordnung, einen ausländischen Experten wegen Erkrankung seiner Ehefrau vor Ablauf der Probezeit wieder hinauszuerwerfen, um die Beihilfe für die erkrankte Ehefrau einzusparen, oder bei Ausländern möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen. Gemeinsam mit Professor Smidt läßt er einen weniger gefügigen Wissenschaftler von einem anderen bespitzeln und Notizbuch über dessen Äußerungen führen. Die Diskussion über den Schnellen Brüter würgte er gemeinsam mit Häfele ab, indem er Ritz ein Vortragsverbot erteilte etc.

Von der Einstellung des vorgeschriebenen Prozentsatzes von Kriegsbeschädigten ließ Greifeld sich jahrelang durch den Betriebsrat suspendieren. Als der Betriebsrat jetzt schließlich nicht mehr mitmachte, sondern die Zurückweisung der kriegsverehrten Bewerber beanstandete, zahlte Greifeld lieber die Konventionalstrafe anstatt dieser -ein wissenschaftliches Zentrum sachlich nicht notwendigerweise belastenden - Pflicht nachzukommen.

Schaible seinerseits wendet gegen reformfreudige Wissenschaftler die von der Administration selbst so bezeichnete Sonder-

behandlungsmethode für Akademiker an, bei der mit den Betreffenden über die Problematik ihrer Zukunft gesprochen und ihnen als Wink mit dem Zaunpfahl laufend und wohl dosiert auswärtige Stellenausschreibungen zugeleitet werden, obwohl diese Wissenschaftler den Stellenmarkt in ihrem eigenen Spezialbereich oft selbst besser kennen. Außerdem läßt er Mitarbeiter hinsichtlich ihrer politischen Aktivitäten bespitzeln. Auf der gleichen Linie arbeitet auch Herr Söldner, indem er über die politischen Aktivitäten der Mitarbeiter Listen und Dossiers anlegen läßt. Redewendungen von der Art wie die "gesunde Altersstruktur des Zentrums" deuten an, wo diese Herren auch heute noch geistig zu Hause sind. Dieser Geist der Karlsruher Zentrumsadministration kommt auch in folgendem Vorkommnis im Lehrlingsbereich zum Ausdruck: Die Lehrlinge erhalten regelmäßig einen ausbildungsbegleitenden Unterricht durch Ing. Schoell, der von der Geschäftsführung bzw. der Personalabteilung dazu beauftragt ist. Dieser Ing. Schoell habe kürzlich in seinem Unterricht eine SS-Rune an die Wand gemalt und habe gesagt, dieses Zeichen hätte er mal an seinem Rock getragen, und er hätte in dieser Uniform sehr zackig ausgesehen. Herr Schoell fährt auch die Lehrlinge an mit: "Bleiben Sie mir drei Schritte vom Leibe", verbietet den Lehrlingen, sich während des Unterrichts anzulehnen und verlangt, daß sie mit steifem Rücken sitzen. Wir möchten dazu sagen, daß wir eine Verwaltung, die ihre Vorstellungen aus der Zeit des dritten Reiches an unserem Zentrum verwirklichen will, grundsätzlich ablehnen müssen. Wir benötigen dringend eine Verwaltung, die gegenüber den wissenschaftlichen Aufgaben des Zentrums in optimaler Weise eine dienende Funktion einnimmt. Bezeichnend dafür, daß in unserer Administration derzeit genau der umgekehrte Geist - die Wissenschaft hat der Verwaltung zu dienen - herrscht, ist auch folgendes Beispiel: Ein Mitarbeiter der Verwaltung sprach in einer angeregten Diskussion mit einem

Leon Gruenbaum

**Symposium
Forum**

Ludwig Marum



**ver.di-Haus
Karlsruhe**

19. Okt. 2013

10 - 16 Uhr



mit Beate u. Serge Klarsfeld

F.F.D.J.F. Paris

Ludwig Marum
* 5. Nov. 1882
† 29. März 1934

Leon Gruenbaum
* 30. März 1934
† 22. Juli 2004



Ansprechpartner:

Harald Denecken

Vors. Forum Ludwig Marum
harald@denecken.com

24.04.2013

Gruenbaum-Symposium in Karlsruhe

Schreiben Dr. Dietrich Schulze am 16. August 2013 an Prof. Dr. Joachim Radkau

Sehr geehrter Herr Prof. Radkau,

ich schreibe Ihnen auf Empfehlung von Dr. Wolfgang Liebert, IANUS Darmstadt, jetzt Uni Wien.

Zu meiner Person (Jg. 1940): Habe E-Technik in Hannover und Karlsruhe studiert und dort mit einem Thema auf dem Gebiet der Hochenergiephysik promoviert und war im (Kern)Forschungszentrum von 1966 bis 2005 tätig, anfangs in Teilchenbeschleuniger-Projekten der Experimentellen Kernphysik, später als freigestellter Betriebsratsvorsitzender. In dieser Eigenschaft hatte ich 1988 das Sakrileg begangen, den Schnellen Brüter & Wackersdorf zu kritisieren, was aber nicht zu meinem Sturz, sondern zum Sturz des Götzen Kernenergie im Zentrum führte. Auf Empfehlung des Karlsruher Rüstungsforschungs- und Atomkritikers Prof. Werner Buckel bin ich in der NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative tätig geworden. Aus alledem sind sie mir publizistisch bekannt, im Kernforschungszentrum waren Sie zusammen mit Robert Jungk und Klaus Traube das von der Obrigkeit bevorzugt gepflegte Feindbild.

Um den zermürenden Widerstand gegen jene Atom-Obrigkeit und um Aufklärung für die Jugend - insbesondere für die Studierenden - geht es, wenn ich heute mit einer Frage an Sie herantrete.

Könnten Sie sich vorstellen, mit einem Referat zum Arbeitstitel „Plutonium-Politik und Atomwaffen“ an einem Symposium des Forum Ludwig Marum (von den Nazis 1934 ermordeter SPD-Reichstagsabgeordneter) zum Gedenken an den jüdischen Wissenschaftler Léon Gruenbaum (1934 – 2004) am 19. Oktober beizutragen?

Der Termin, an dem Beate [und Serge] Klarsfeld aus Paris teilnehmen werden, liegt leider fest. Dr. Léon Gruenbaum als Physiker hatte sich aufgrund der Diskriminierung durch den Alt-Nazi und Atommanager Rudolf Greifeld und dessen Gehilfen zur wissenschaftlichen Selbstverteidigung an der Sorbonne in die Geschichtswissenschaft hineingekniert und ein bedeutendes Manuskript in französischer Sprache hinterlassen. Ich bin der rechtmäßige Erbe dieser 450-Seiten-Monografie. Es gibt die Überlegung, diese in deutscher Übersetzung herauszubringen. Und gerade wegen dieser vorbildlichen Whistleblower-Aktion von Léon Gruenbaum kommt dem Beitrag über die Plutonium-Politik eine Schlüsselrolle zu.

Mit herzlichen Grüßen
Dietrich Schulze

Antwort Prof. Dr. Joachim Radkau am 20. August 2013 an Dr. Dietrich Schulze

Joachim Radkau sagt zu, die nötigen Hintergrund-Informationen über erwiesene und zu vermutende militärische Zusammenhänge der Atompolitik vorzutragen.

Schreiben Dr. Dietrich Schulze am 20. August 2013 an Prof. Dr. Joachim Radkau

Dank für die Zusage und nach Übermittlung der ersten Übersetzungsteile der Gruenbaum-Monographie im Email am 16. August zusätzlich das Original-Script des Interviews 1981 des britischen Journalisten Denselow * mit Dr. Walter Schnurr zur Nuklearkooperation mit Argentinien für diejenige Reaktorlinie, bei der bombenreines Plutonium anfällt (Atucha 1).

* s. nebenstehenden Auszug und SPIEGEL 26.4.1982
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14347035.html>

Auszug Denselow-Interview 1981

Interviewer: Als Sie 1958 nach Deutschland zurück gingen nach all den Jahren hier, hatten Sie da nukleare Erfahrungen?

Schnurr: Ehrlich gesagt keine besonderen Erfahrungen, aber immer ein großes Interesse. Damit hatte ich mehr oder weniger alle notwendigen theoretischen Kenntnisse.

Interviewer: Warum wurden Sie nun eingeladen zurück zu kommen?

Schnurr: Ich glaube, ich wurde eingeladen zurückzukommen wegen meiner Erfahrungen große Dinge zu machen. Ich bin ein Erfinder, ein Chemiker. Ich erfand eine Menge Dinge. Ich habe 60 Patente, in zwei Jahre als Chemiker bei Hoechst erarbeitet. Dann habe ich während des Krieges unter Verwendung meiner Patente große Fabriken auf dem Gebiet der Bewaffnung gebaut. Und ich denke, es war der Erfolg dieser Arbeit während des Krieges, der Minister Strauß auf die Idee brachte, mich aus Bolivien zurück zu rufen und zur Entwicklung der Atomenergie in Deutschland beizutragen.

(Das komplette Interview als englischsprachiges Original-Transkript ist bei D. Schulze erhältlich)

Alte Nazis in der Atomforschung

Von Helmut Lorscheid

Als "einen der Wege, auf dem die arische Rasse wieder ihre wirkliche Rolle in der Welt übernehmen kann, vor allem militärisch..." bezeichnete eine faschistische Gruppe in Brasilien den Nuklearvertrag zwischen Bonn und Brasilia. Beim ersten Anlauf zu einer engen Kooperation auf atomarem Gebiet zwischen der Bundesrepublik und Brasilien im Jahre 1953 soll der ehemalige SA-Mann und spätere Arbeitsgruppenleiter (Physikalische Chemie) in der Kernforschungsanlage Jülich (KFAJ), Dr. Wilhelm Groth, wörtlich zu dem brasilianischen Admiral Alberto gesagt haben: "Geben Sie mir nur die notwendigen Mittel und wir werden die Prototypen entwickeln. Dann werden wir nach Brasilien kommen und dort die Einrichtungen schaffen."

Geheimvertrag flog auf

Der damals geschlossene Geheimvertrag flog jedoch vorzeitig auf. Die USA beschlagnahmte die ersten Lieferungen noch eben rechtzeitig vor der Verschiffung in einem westdeutschen Hafen. Alberto erklärte später vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission seines Landes "Deutschland ist ein von den Siegermächten besetztes Land. Wenn es herauskommt, daß sie angereichertes Uran herstellen wollen, würde das eine internationale Krise herbeiführen." Doch kam es dazu werden weder beim neuerlichen Brasilien-Vertrag, noch bei der atomaren Zusammenarbeit mit Argentinien, Südafrika, Indien oder Pakistan.

Aus Karlsruhe abgeschoben

Es blieb auch einzelnen Personen wie dem Nuklear-Physiker Dr. Leon Grünbaum überlassen, als französischer Jude in der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) seine eigenen Erfahrungen mit Alt-Nazis zu sammeln. Er konnte den ehemaligen Oberkriegsverwaltungsrat der deutschen Besatzungstruppen in Paris und späteren verwaltenden Direktor des Kernforschungszentrums antisemitischer, persönlicher Initiativen überführen. 1974 wurde Greifeld aus Karlsruhe abgeschoben und als BRD-Vertreter ins Direktionskomitee des Institutes Max von Laue-Langevin in Grenoble entsandt. Leon Grünbaum erhielt daraufhin keine Vertragsverlängerung bei der GfK und mußte das Karlsruher Zentrum verlassen. Aufgrund französischer Proteste mußte jedoch auch Dr. Greifeld bereits 1975 seinen Posten in Grenoble wieder aufgeben.

Damit war aber nur einer von vielen Alt-Nazis aus dem direkten Einflußbereich deutscher Atomforschung entfernt.

Aus einer Aufstellung des "Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" geht hervor, daß allein in der Kernforschungsanlage Jülich neben Wilhelm Groth mindestens sieben Ex-Nazis führende Positionen innehatten. Vor 1945 betätigte sich beispielsweise das Mitglied des wissenschaftlichen Rates der KfJ, Rolf Danneel, als Scharführer in der SA-Marinestandarte 90 in Königsberg, Hans Grosse ebenfalls zeitweise Mitglied des wiss. Rates war Teilnehmer des Kapp-Putsches, Mitglied der SA und leitender Ingenieur der Junkers Werke (Luftwaffenrüstung). Robert Haul, Mitglied des Verwaltungsrates und stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der KfJ war NSDAP-Mitglied ab 1. März 1933 und stellte sein Wissen von 1949-56 den Südafrikanern zur Verfügung. Dort arbeitete er mit dem ehemaligen SA-Mitglied und Atomphysiker an der physikalisch-technischen Reichsanstalt,

Verleger, zusammen. Verleger war nach dem Krieg zum südafrikanischen Atomic-Energie-Board gekommen.

Über den DEGUSSA-Konzern

Überhaupt wurden die Bande zwischen den in der Bundesrepublik verbliebenen oder bald wieder hierher zurückgekehrten Nazi-Wissenschaftlern und ihren braunen Kumpanen in Südafrika und Brasilien sehr bald intensiviert. Als Verbindungsstelle für Südafrika diente bis mindestens 1958 der DEGUSSA-Konzern und später die Gesellschaft für Kernforschung. Dort entwickelte Professor Erwin Willy Becker das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung, welches später über die staatlich kontrollierte STEAG Essen nach Südafrika und Brasilien gelangen sollte. Die Waffentauglichkeit seiner Erfindung wurde von ihm noch in diesem Monat in Brasilia bestätigt. Becker war bereits 1941 mit Forschungen im Bereich der Isotopenanreicherung in München beschäftigt.

Auch in der Euratom

Auf internationaler Ebene wurden die Geschäfte der Steinkohle- und Elektrizitätsgesellschaft (STEAG) und DEGUSSA durch den Generaldirektor für Wirtschaft in der Euratom, Hans Michaelis gedeckt. Jener war Mitglied der SA, SS und der NS-Studentenorganisation.

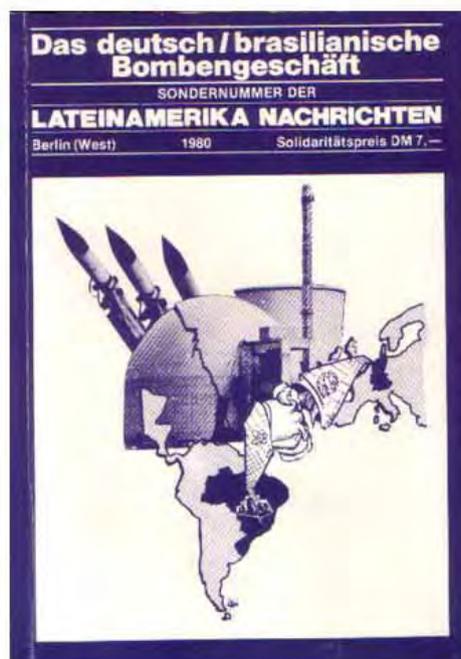
Eine wichtige Rolle in der Atomforschung bekleidete auch der ehemalige Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, Dr. Karl Winnacker, über lange Jahre hin. Nach 1945 wurde er Direktor des IG-Farben-Nachfolgekonzerns Hoechst. 1969 Mitglied des "Supervisions Council" der Hoechst sowie entsprechender Räte bei Degussa, Demag und der Dechema. Winnacker widmete sich fortan gänzlich der Atomkraft.

Im Bundestag wurde durch Minister Leussink eine Arbeit Winnackers zum Atomsperrvertrag als Diskussionsbasis eingebracht. Am 28. November 1969 unterzeichnete die Bundesrepublik den Atomsperrvertrag allerdings mit den von Karl Winnacker ausgearbeiteten Einschränkungen. Eine der wichtigsten Einschränkungen untersagt der Bundesrepublik lediglich die Herstellung von Atomwaffen auf dem eigenen Territorium.

Als Kriegsverbrecher verurteilt

Eine ebenfalls wichtige Rolle in der deutschen Atomgeschichte nimmt der ehemalige SS-Obersturmbannführer in Leiden (Holland) und spätere wissenschaftliche Direktor der Kernforschungsanlage Jülich, Dr. Alfred Boettcher, ein. Proteste in den Niederlanden machten es notwendig, den dort verurteilten Kriegsverbrecher 1966 aus Jülich abziehen. Andere wichtige Aufgaben erwarteten ihn. 1969 wurde Alfred Boettcher Koordinator des Rahmenabkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit und organisierte speziell die Fachkräfte für diesen Vertrag mit Brasilien, welcher am 9. Juni 1969 von Außenminister Willy Brandt unterzeichnet worden war. 1970 organisierte Boettcher Sommerkurse für Atomwissenschaftler in Brasilien sowie wissenschaftlichen Austausch mit Südafrika.

Wie Boettcher ist auch der ehemalige bei der IG-Farben mit der Herstellung von Giftgas befaßte Chemiker Dr. Walter Schnurr in Brasilien tätig. Gegen die Beteiligung der letztgenannten Ex-Nazis am Brasilien-Geschäft richtete sich in den vergangenen Wochen weltweiter Protest.



Abchrift

23. April 1955

Dr. Hans Speidel
Generalleutnant a.D.

Herrn
Theodor Blank
Mitglied des Bundestages
B o n n

Der Oberbefehlshaber von SHAPE, General Alfred Gruenther, teilte mir heute nach Rücksprache mit seinen Experten mit, dass seiner Ansicht nach für den Reaktorbau nur Karlsruhe und nicht München in Frage kommen könne.

Auf meine Aufzeichnung vom 20.4.55 darf ich Bezug nehmen.

ges. Dr. Hans Speidel

Durchschlag an
Herrn General Heusinger

Abb. 19:
Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General Alfred Gruenther, äußert sich auf Anfrage der Bundesregierung zur Frage des Standortes für eine deutsche Reaktorstation. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23.4.1955).

○ Faksimile. Hans Speitel ist ehemaliger Wehrmachtsgeneral bei den Nazis gewesen. Bereits im Dezember 1948 hatte Adenauer General Speitel beauftragt, über die Möglichkeiten einer Remilitarisierung der Bundesrepublik nachzudenken. Später wurde er herangezogen, um die Wiederbewaffnung vorzubereiten.

GENESE DER PLUTONIUM-GESELLSCHAFT

Politische Konspirationen und Geschäfte (Eels, Spivs and Butterflies)

Zu Léon Gruenbaums Monografie

Die Geschichte des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) und zwar speziell die seiner Vorgängereinrichtungen „Reaktorbau- und -betriebsgesellschaft“ und „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ (KfK) – heute Bestandteil des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) – liegt in großen Teilen im Dunkeln, obschon zu Jubiläen rückblickende Darstellungen editiert wurden. Diese Hochglanz-Reminiszenzen zeichnete allerdings eine ganz spezielle, beabsichtigte Einseitigkeit aus – sie zeigten oft genug die Beiträge der Einrichtung zur Entwicklung der „friedlichen Kernenergie“, die als segensreich gepriesen wird. Die politischen Hintergründe der Entstehung und Entwicklung des Forschungszentrums werden aber ausgeblendet.

Hier wird in dieses Dunkel tiefer hineingeleuchtet. Dazu wird die bisher unveröffentlichte Monografie aus der Feder von Léon Gruenbaum (1934–2004) in Auszügen vorgestellt. Der bei Heisenberg promovierte französisch-jüdische Kernphysiker Gruenbaum war 1970–1973 im Kernforschungszentrum tätig gewesen. Nur kurze Zeit ließ man ihn in der nuklearen Maschinerie mitmachen, dann wurde er von den obersten Chefs herausgemobbt. Die durchlebte und ihm gegenüber mit nichts motivierte Diskriminierung veranlasste ihn zum Nachdenken über die Ursachen und dann auch zu Recherchen. Nach langwieriger Suche kam er zu ersten Erkenntnissen über die Hintergründe, die bis dahin sorgfältig nach außen kaschiert waren: Die führenden Manager des Karlsruher Kernforschungszentrums Dr. Greifeld und Dr. Schnurr hatten eine tiefbraune Vergangenheit. Bei diesen ersten Enthüllungen blieb Gruenbaum nicht stehen. Nach dem diskriminierungsbedingten Scheitern seiner Nuklearkarriere machte er nun das historische Recherchieren zu seinem Plan B und baute es zu einer systematischen historischen Analyse aus. Dazu verband er viele große und auch kleine, oft unscheinbare Mosaiksteine zu einem Gesamtbild der Entwicklung der deutschen Atomindustrie.

Um Kontinuitäten aufzuzeigen, beginnt er in seinem Buch die Gesamtschau der deutschen Rüstungsindustrie von einem frühen Ausgangspunkt an, da von Radioaktivität und Kernspaltung noch keine Rede war - der Herausbildung des Deutschen Kaiserreiches - und verfolgt die Entwicklung der großen kriegsinteressierten und kriegsgewinnlerischen deutschen Konzerne und den Prozess ihrer Kartellierung bis in die Zeit des Faschismus, als die Arbeiten zur militärischen Nutzung der Kernenergie in

Deutschland einsetzten und in deren Folge sich bekanntermaßen das Interesse am militärischen Atom verhängnisvoll international ausbreitete. Gruenbaum beschreibt den Wettlauf um die Bombe. Adenauer hatte öffentlich gelobt, dass man auf westdeutschem Boden keine Atomwaffen bauen werde. Aber wieso schließt ein Dr. Greifeld Verträge mit Südafrika, bekommt ein Dr. Schnurr den höchsten argentinischen Orden? Er zeigt, dass aus der Zeit des Faschismus bekannte Kräfte – Konzerne wie I.G. Farben, Hoechst, Siemens und andere – und für sie in neutrale Anzüge umgekleidete Naziaktivisten entsprechend dem „*Post-War Planning*“ Bormanns das alte Geschäft mit dem Tod weiterbetreiben wollten, das „friedliche“ Atom predigten und das Plutonium für die Bombe brüteten. Und aus der französisch-deutschen Kollaboration bei der Judendeportation war nun eine nukleare Kollaboration geworden.

Gruenbaums breitem Panorama der nuklearen Entwicklung haben wir hier aus aktuellem Anlass des Symposiums einige Kapitel entnommen. Es sind keine kompletten Übersetzungen. Bei der Auswahl hielten wir für wichtig

- die Kontinuität aufzuzeigen, die von der althergebrachten Rüstungsindustrie über das Nazireich zu Franz Josef STRAUß' Ministerium für Atomfragen und zur deutschen Nuklearindustrie führte,
- den Karlsruhe betreffenden Anteil an der nuklearen Nachkriegsentwicklung in Gestalt des Kernforschungszentrums detaillierter darzustellen,
- die Rolle Dr. Greifelds aufzuzeigen, der trotz erwiesener NS-Vergangenheit immer noch die KIT-Ehrensensatorwürde besitzt, die zwar ruht, aber nicht aberkannt ist, und
- den aufopferungsvollen Mut Leon Gruenbaums sichtbar zu machen, der Greifelds fortgesetzten Antisemitismus und dessen Nazi-Rolle mit unbändiger Energie und Findigkeit aufdeckte.

Léon Gruenbaums als Manuskript vorliegende Monografie war wohl als Dissertation geplant. Ob es eine endgültige Fassung gibt, ist nicht bekannt. Der Leser wird erkennen, dass die vorliegende Fassung eine ernstzunehmende historische Arbeit ist.

Das Gesamtinhaltsverzeichnis der Monografie ist auf den **Seiten 3 bis 6** zu finden. Übersetzte Auszüge in gekürzter Form können auf den **Seite 7 bis 14** nachgelesen werden. Am Schluss auf **Seite 15** ist das Inhaltsverzeichnis zu diesem Beitrag zu finden.

GESAMTINHALTSVERZEICHNIS

Das Gesamtinhaltsverzeichnis soll einen Überblick über die inhaltliche Breite der Monografie Gruenbaums bieten. Das Inhaltsverzeichnis zu den in der vorliegenden Auswahl vorgestellten Kapiteln ist am Ende zu finden

Arbeitsübersetzung
aus dem Französischen

BAND 1

Die Vorgeschichte von HITLERS Plutonium. Von der reinen Wissenschaft zur Kriegspolitik S. 3

KAPITEL I – Die ökonomischen Wurzeln des Nazismus in der Weimarer Republik S. 4

1. Die deutsche Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg und die maßgebliche Rolle Walter RATHENAU S. 5

2. Einsetzung von Hermann SCHMITZ, des künftigen Generaldirektors des I.G. Farben-Monopols, durch Walter RATHENAU S. 8

3. Die Außenpolitik Walter RATHENAU ermöglicht die heimliche Wiederaufrüstung Deutschlands dank der kartellisierten Industrie und den Abschluss des Rapallo-Vertrags S. 12

KAPITEL II – Die „BISMARCKSchen“ Wurzeln der Kartellbildung in der deutschen Industrie S. 18

KAPITEL III – Die internationale Politik der deutschen Kartelle S. 31

1. Von der demokratischen Kartellbildung „à la RATHENAU“ zur nazistischen Kartellbildung S. 32

2. Die Organisation NW7 der I.G. Farben S. 34

3. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank S. 36

a) Die Gruppe der Sechs S. 37

b) Geschichte der Deutschen Bank S. 37

c) Die Reichsbank und die politischen Verbindungen der zwei wichtigsten deutschen Privatbanken im Dritten Reich S. 39

d) Die Mitglieder des Arbeitsausschusses der Deutschen Bank, Verbindungsmänner zum Ministerium S. 42

e) „Blitzkrieg“ und „Blitzwirtschaft“ S. 45

4. Die Expansion der deutschen Kartelle quer durch Europa S. 46

a) Die kalten Annexionen oder „Blitzwirtschaft“ ohne Blutvergießen S. 47

1937–1942: Die wirtschaftliche Ausbeutung des schrittweise okkupierten Europas S. 49

Annexion Österreichs und der tschechischen Sudetengebiete S. 51

Das von den mächtigen deutschen Banken während der Annexion der Sudeten entwickelte System der „Blitzwirtschaft“ S. 55

b) Annexion der Tschechoslowakei am 15. März 1939 S. 57

Das Düsseldorfer Treffen zwischen der Federation of British Industry und der Reichsgruppe Industrie S. 59

5. Bildung französisch-deutscher Kartelle bereits vor dem Zweiten Weltkrieges S. 62

a) Zur Erinnerung S. 62

b) Beschlagnahme der Banken und der Industrie Frankreichs in Elsass-Lothringen S. 65

Kollaboration der in Frankreich ansässigen Industrie- und Bankunternehmen mit Deutschland – „Blitzwirtschaft“ und „Blitzkrieg“ mit Blutvergießen S. 67

KAPITEL IV – I.G. Farben – ein Staat im Staat. Oder: Das Erdöl war immer König S. 73

1. Die Essenz des Problems S. 74

2. Das Erdöl und die chemische Industrie Deutschlands. Das Jahr 1925 S. 76

3. Die internationale Kartellbildung des I.G.-Farben-Monopols S. 82

a) Die ausländischen Reaktionen auf die Bildung der Standard-I.G. Company S. 83

b) Die Haltung der „zweihundert Familien“ im Zeitraum 1923–1940 S. 84

c) Eine andere Geschichte: die I.N.C.A., die I.E.A. und der Ausschluss der französischen Industrie aus dem weltweiten Elektro-Kartell vor dem Zweiten Weltkrieg S. 87

4. Zusammenfassung S. 90

KAPITEL V – Die erste Etappe des Wettrennens zur Atombombe (1933–1941) S. 91

1. Einführung S. 92

2. Das Jahr 1933	S. 94	KAPITEL VIII – Die schwierige anglo-amerikanische Atom-Übereinkunft mitten im Krieg	
3. Die Kernspaltung und die Atombombe – kurze Übersicht über die Theorie	S. 97	Die Affäre des Board of Economic Warfare und deren Konsequenzen für die Verzögerung des Dreiseitigen Abkommens Belgien – USA – Großbritannien	S. 163
4. Grundlegende Prinzipien der Atombombe	S. 99		
5. Die Schlacht um das Uran zwischen 1933 und 1941	S. 102	1. Einführung	S. 164
KAPITEL VI – Der belgische 18 Juni 1940. Oder: Das unbekannte Strahlen der bedeutendsten Initiative dieses Tages – der von VLEESSCHAUWER	S. 108	2. Warum hat die UdSSR Japan den Krieg erst am übernächsten Tag nach dem Abwurf der Bombe auf Hiroshima am 8. August 1945 erklärt?	S. 165
1. Die Essenz des Problems	S. 109	3. Die Geschichte des schweren Wassers	S. 169
2. Das dreiseitige Vereinbarung Belgien – USA – Großbritannien	S. 111	4. Die Affäre des Board of Economic Warfare – der zeitweilige Bruch zwischen den USA und Großbritannien beim Start des gemeinsamen Nuklearprogramms	S. 173
3. Beginn der Initiative von VLEESSCHAUWER am 18. Juni 1940	S. 113	Der BOHR-Plan	S. 178
4. Die internationale Arbeitsgruppe des Ministeriums der Kolonien	S. 11	KAPITEL IX – Die PATTON-Affäre und ihre Konsequenzen	S. 182
5. Der erste Brief VLEESSCHAUWERS an König Leopold	S. 120	1. Kurze Übersicht über die Lage 1944	S. 183
6. Der Brief EINSTEINS an Präsident ROOSEVELT vom 2. August 1939	S. 122	2. Der Seeweg nach Japan durch die Polarmeere und die Banktransaktionen zwischen Deutschland und Japan	S. 185
7. Berchtesgaden und die Finanztransaktionen zwischen der Deutschen Bank und der Société Générale de Belgique	S. 130	3. Der „Martin-BOHRMANN-Ausschuss für das Bankwesen“	S. 187
KAPITEL VII – Warum Hitler keinen Erfolg bei seiner Bombe hatte	S. 137	4. Die amerikanische Wissenschaftsmission „ALSOS“ in Deutschland	S. 191
1. Die Essenz des Problems	S. 138		
2. Die Konsequenzen aus dem Rapallo-Vertrag für das Reich 1937	S. 139	BAND 2	
3. Wie sich ein Chemieprofessor der Technischen Hochschule Graz sich in den Plan zur wirtschaftlichen Annexion Österreichs ohne Blutvergießen verwickelt sah	S. 141	EINFÜHRUNG	
4. Die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich zum Bau von Raketen	S. 143	[Pressekonferenz nach den Zwischenfällen von Malville am 27. September 1977 / Brutreaktor „Superphénix“ / KfK Karlsruhe – Prof. HÄFELE – Prof. SCHNURR – Trenndüsenverfahren / Südafrika / Prof. BECKER – Dr. GREIFELD / Nuklearreaktor Atucha/Argentinien – Mehrzweckforschungsreaktor – Dr. Alfred BÖTTCHER – Gernot ZIPPE – westdeutsche Atomenergiekommission – Franz-Josef STRAUB – Prof. WINNACKER]	S. 199
5. Die ersten Schlussfolgerungen zu Atom und Welt-raum in der Zeit um die dreißiger Jahre	S. 146	KAPITEL I – Die bedeutende Rolle, die Straßburg – die spätere Europahauptstadt – während des Krieges spielte	S. 206
6. Die deutschen Atom-Institutionen	S. 148	I. Was ist die Hauptstadt von Europa? That is the question.	S. 207
6.a Die Forschungen in Europa von Ende 1939 bis Juni 1940	S. 155		
6.b Von Mitte 1940 bis Ende 1941 – Die internationale Entwicklung der Forschung wird fatal für das Deutsche Reich	S. 159		

- II. Die schnelle Wiederauferstehung der deutschen elektrotechnischen Industrie nach den Krieg S. 207
- III. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der Industrie- und Finanzwelt Preußens und des Ruhrgebiets im Deutschen Reich
1. Die großen Vorfahren S. 208
 2. Die Verbindungen zwischen der AEG und der Ruhr-Industrie S. 209
 3. Die unterschiedlichen Ursprünge von Industrie und Banken in Preußen und an der Ruhr S. 210
 4. Analyse der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Industrie Preußens (Siemens, AEG) und der Rheinregion (KRUPP, Otto WOLFF) S. 211
- IV. Die Rolle der neutralen Staaten während des Zweiten Weltkrieges bei der Ausarbeitung des „nazi post-war planning“ S. 215
1. Was ist ein neutraler Staat? S. 215
 2. Die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem Dritten Reich und den neutralen Staaten während des Krieges S. 217
 3. Die deutschen Goldexporte während des Krieges S. 218
- V. Wie war es den Führern der deutschen Finanzwelt möglich, die Entwicklung des Krieges im Sommer 1944 zu bestimmen? S. 219
1. Dank Martin BORMANN konnte die Finanzunion zwischen der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ und dem „Freundeskreis der Wirtschaft“ realisiert werden. S. 222
 2. Wie HITLER den totalen Krieg auf deutschem Boden verlor und BORMANN sich auf argentinischem Territorium als Sieger der Auseinandersetzung erwies S. 224
 3. Die Verbindungen der Deutschen Bank in Lateinamerika zum Wirtschaftsgeheimdienst der I.G. Farben
- KAPITEL II – 1945 – das atomare Jahr und seine Konsequenzen – die Gesetze von McMAHON und McCARTHY S. 233**
- I. Die politischen Konsequenzen des Scheiterns von BOHRs Nuklearplan nach dem Zweiten Weltkrieg S. 234
 - II. Der erste Nachtrag zum McMAHON Act. Die atomare Doktrin TRUMANS – Bildung einer komplett zivil besetzten Atomenergiekommission S. 240
 1. Die Fortsetzung der amerikanischen Atomversuche nach dem Krieg – der Bikini-Atoll S. 246
 2. Die Uranerzbereitstellung – das ATTLEE–TRUMAN–MACKENZIE KING-Abkommen S. 248
 3. Das nachgeborene Kind des republikanischen Kongresses der Nachkriegszeit – die Central Intelligence Agency S. 250
 - III. Die zwei Hauptperioden der TRUMAN-Ära S. 251
 1. Die erste Periode: Die TRUMAN-Doktrin und der MARSHALL-Plan (von 1945 bis zu seiner Wiederwahl) S. 252
 - 1a. Ein weiteres Ereignis in der politischen Weltarena: die Schaffung des Staates Israel S. 254
 2. Die zweite TRUMAN-Periode: die Ära des McCarthyismus (1948 – 1952) S. 265
 - 2.a Die erste Kooperation zwischen der amerikanischen Privatindustrie und der Atomic Energy Commission S. 266 - IV. Die Auswirkungen des McCarthyismus auf die Entwicklung der Nuklearprogramme der USA und Frankreichs S. 267
 - V. Die direkten Konsequenzen des durch den anwachsenden McCarthyismus begünstigten ersten Sieges der Neonazis nach dem Krieg für die I.G. Farben S. 289
- Kapitel III – Interludium alla tedesca: Die Affäre GREIFELD S. 276**
- Kapitel IV – 1953 – Das Jahr des Atom-Rapallo S. 288**
- I. „Atom-Rapallo“? Was ist darunter zu verstehen? S. 289
 - II. Die „Atoms for Peace“-Rede des Präsidenten EISENHOWER S. 291
 - III. Die Beteiligung privater Unternehmen der USA an der Elektroenergieerzeugung auf nuklearer Basis S. 293
 1. Die Verbindungen zwischen der amerikanischen und der deutschen Industrie im Hinblick auf den künftigen Bau von Atommeilern in der Bundesrepublik S. 292
 2. Die Geschichte des Schwerwasserreaktors S. 302
 - IV. Die Isolierung Frankreichs – eine analoge Situation zu der nach dem Versailler Vertrag. Niederlage

der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	S. 306	III. Die prinzipiellen Etappen der politischen Geschichte des Atoms und des Kosmos	S. 358
1. Kurze Beschreibung der Plutoniumserzeugungsreaktoren	S. 309	IV. Die Gründung der internationalen Organisationen Eurochemic und Euratom	S. 360
2. Bildung des Comité des Mines innerhalb der französischen Atomenergiekommission (CEA)	S. 309	1. Eurochemic	S. 360
3. Niederlage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aufgrund des militärischen Nuklearprogramms Frankreich	S. 313	2. Euratom	S. 361
V. Die erste Genfer Konferenz über die friedliche Nutzung der Kernenergie	S. 321	KAPITEL VII – Die zivile Kernenergie und der Polizeistaat	S. 364
Kapitel V – Argentinien oder die nukleare Weiterverbreitung	S. 325	<u>I. Malville!</u>	
I. Die nukleare Politik Argentinien unmittelbar nach dem Krieg	S. 326	[Mit persönlichen Erlebnissen von Gewalterfahrung Léon Gruenbaums durch die polizeilichen Einsatzkräfte der CRS (Compagnies Républicaines de Sécurité), die ihn – zusammen mit anderen früheren und späteren Geschehnissen in Frankreich – von einem faschistischen Geist sprechen lassen, wie er zur Zeit der Kollaboration der französischen Polizei mit den Nazis herrschte. Er benennt es hier als Ziel seines Buches „die faschistische Konzeption der ‚Plutoniumgesellschaft‘ zu beweisen.“]	S. 376
II. Kurze Retrospektive auf die politische Geschichte Argentinien	S. 328	II. Die POMAR-Affaire und der nukleare Terrorismus	S. 378
III. Die politischen Aspekte der nuklearen Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Deutschland	S. 330	1. Wer ist Eliodoro POMAR?	S. 378
IV. Die nukleare Kooperation zwischen Bonn und Buenos Aires läuft über Karlsruhe	S. 332	2. Die technischen Voraussetzungen der nuklearen Weiterverbreitung	S. 382
1. Die politische Haltung der Peronisten zum Nuklearprogramm Argentinien	S. 332	III. Die Wiederauferstehung des Faschismus und das Wiederaufleben der Neofaschisten im Service d'Action Civique (S.A.C.)	S. 386
2. Die beiden Gesichter der Nuklearpolitik Bonns – zum einen gegenüber Washington und zum anderen gegenüber Buenos Aires	S. 334	1. Problemstellung	S. 386
3. Karlsruhe und der Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR)	S. 335	2. Die Ursprünge Service d'Action Civique	S. 388
V. Wie kann das in Karlsruhe produzierte Plutonium nach Argentinien gelangen?	S. 340	IV. Die Verbindungen zwischen den Netzwerken Foccart und der Uran-Politik Frankreichs	S. 390
VI. Auf die Ära von U-Booten des klassischen Typs in den argentinischen Territorialgewässern folgt die Ära der nuklear getriebenen deutschen Schiffe	S. 343	1. Französisch-deutsche Politikrimis	
VII. Die Vierergruppe versus Club der Drei	S. 345	[rätselhaft schnelles Ableben Pompidou, Regierungskrisen der Kabinette Brand, Schmidt, Traube-Affäre und terroristische Aktionen, in deren Folge die gefährdeten Regierungen Schmidts und Giscard ihre Stabilität wiederfinden und die „Plutonium-Gesellschaft“ sich ohne Hindernisse etabliert]	S. 390
Kapitel VI – Die wichtigsten internationalen nuklearen Organisationen und die Weiterverbreitung	S. 351	2. Die Kooperation zwischen den Netzwerken FOCCARTS und dem Atomenergiekommissariat	S. 393
I. Der Moskauer Teststopp-Vertrag und seine wichtigsten Auswirkungen auf die internationale Nuklearpolitik zwischen West und Ost	S. 352	3. Die Netzwerke FOCCARTS in Afrika	S. 396
II. Kurzer Überblick über die Nuklearpolitik des Kreml gegenüber seinen Satellitenstaaten	S. 357	a. Die Organisation der Uran-exportierenden Länder (OPEU)	S. 398

b. Die Beziehungen zwischen den Erdöl-exportierenden Ländern (OPEC) und den Uran-exportierenden Ländern S. 400

V. Zaire und die Orbitaltransport- und Raketen-Aktiengesellschaft (OTRAG) S. 406

1. Worum handelt es sich? S. 406

2. Wie Angola infolge des Scheiterns des von POMAR organisierten „Nuklear“-Putsches in den Shaba-Krieg verwickelt wurde S. 410

3. Kurzer geschichtlicher Überblick über die Unabhängigkeit Belgisch-Kongos S. 412

4. Die OTRAG und die zwei Kriege in Shaba S. 415

KAPITEL VIII – Die Trilaterale Kommission und der nukleare Zyklus

Die mögliche Quadratur des Kreises S. 429

I. Walter RATHENAU und die wahren Ursprünge der Trilateralen Kommission S. 430

[Eine Überschrift mit der Nummer „II.“ fehlt. D. Übers.]

III. Die Politik der Trilateralen Kommission bezüglich der Brutreaktoren S. 438

IV. Das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg S. 443

V. Der Einfluss Chinas in der pervertierten Welt der Trilateralen Kommission S. 444

VI. Fazit (provisorisch) S. 445

* * *

AUSGEWÄHLTE GEKÜRZTE KAPITEL

Übersetzung / Zusammenfassung von Christof Müller-Wirth und Rolf Junghanns

Band II

Einleitung S.199-205

Die Frage stellt sich dem Leser: Wie konnten die Nazis untertauchen und wie konnte es ihnen gelingen, nach dem Krieg die deutsche Atom-Industrie zu organisieren? Um dahinter zu kommen, sei es erlaubt, die Hintergründe darzulegen, die am 24. September 1977 Gegenstand einer Pressekonferenz waren. Das war nach den gewalttätigen Vorfällen, die sich damals im französischen Malville ereignet haben zwischen Atomkraftgegnern und der Polizei und zwar nach der Entscheidung der französischen Regierung, den Bau eines Superreaktors „Super-Phönix“ zu starten. Um das Problem an der Wurzel anzupacken beginnen wir damit, die Ver-

gangenheit der faschistischen oder neofaschistischen hauptverantwortlichen Technokraten für das bundesdeutsche Nuklearprogramm offenzulegen.

Zunächst: Was ist ein „Brutreaktor“ – im Unterschied zu anderen sog. „thermonuklearen Reaktoren“? Der Brutreaktor oder Brüter benutzt als Brennstoff Plutonium. Der Leser wird nunmehr leicht verstehen, wie diese „Plutoniumgesellschaft“, von der man heutzutage allmählich unverblümt zu sprechen beginnt, engstens verbunden ist mit dem künftigen Energieprogramm, das auf der Nutzung der Brüter basiert. In Deutschland begannen die Forschungen für den Prototyp dieser Reaktoren im Karlsruher Kernforschungszentrum unter der Direktion des Prof. HÄFELE. Von Anfang an wurde diese Gesellschaft dem Typ einer Privatgesellschaft ohne Teilhaber und ohne Gewinnerzielungsabsicht angepasst, um es der Bonner Regierung zu erlauben, ihr Gesicht wahren zu können, sobald sie dies als opportun ansehen sollte.

Mit der Bezeichnung „Arbeitsvertrag zwischen Privatgesellschaften“ konnte das Kernforschungszentrum und das Forschungsministerium auf diskrete Weise die gemeinsamen Programme zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern kontrollieren. Tatsächlich sind diese „Arbeitsverträge“ zweiseitigen Verträgen zwischen der deutschen Regierung und dem jeweiligen Land vergleichbar. Um den finanziellen Verkehr zwischen den Kernforschungszentren und dem Ausland zu erleichtern, wurde auf Initiative von Dr. SCHNURR in jedem Kernforschungszentrum ein „Internationales Büro“ gegründet. Dr. SCHNURR selbst wurde ab dem Gründungszeitpunkt des Karlsruher Kernforschungszentrums zum Direktor dessen Internationalen Büros ernannt. So wurde er alsbald auch verantwortlich für die Kernforschungsverträge zwischen der BRD einerseits und Argentinien und Brasilien andererseits. Ein Datum gilt es festzuhalten: den 26. Januar 1956 – das Gründungsdatum der westdeutschen Atomkommission unter der Hoheit des Atomministers Franz Josef STRAUB. Präsident dieser Kommission wurde der bereits erwähnte frühere I.G.-Farben-Direktor Prof. WINNACKER, in Nürnberg verurteilt wegen der Ausbeutung von Auschwitzgefangenen! Direktor bei der I.G. Farben, die unterschiedliche Anlagen zur Menschenvernichtung errichtet hatte! Nach dem Krieg saß er – neben vielen anderen Aktivitäten – in zahlreichen Aufsichtsräten von Unternehmen, die mit dem kernenergetischen Brennstoffkreislauf befasst waren, so auch im KfZ Karlsruhe. WINNACKER war auf diese Weise [S.201] die „graue Eminenz“ der gesamten westdeutschen Atomwirtschaft. Neben ihm war eine Reihe weiterer zwielfichtiger Personen führend in der westdeutschen Atomwirtschaft tätig wie Dr. BÖTTCHER, Dr. SCHNURR u.a.

Dr. SCHNURR war vor dem Krieg als Direktor im Rüstungsgeschäft der Dynamit AG tätig gewesen, hatte die kritischen Nachkriegsjahre in Argentinien verbracht und wurde 1956 von STRAUB in das Ministerium für Atomfragen geholt. Ein Jahr später wurde er

Wissenschaftsdirektor im Karlsruher Kernforschungszentrum und wurde später auch Mitglied des Wissenschafts- und Technikkomitees von Euratom. 1973 erhielt SCHNURR für die seiner zweiten Heimat erwiesenen Dienste von Präsident PERON die Mayo-Medaille, die höchste und selten an Ausländer verliehene Auszeichnung Argentiniers.

Was Dr. GREIFELD angeht, so leitete er 1956–1974 die Administration des Kernforschungszentrum Karlsruhe. Er war auch der Vertreter der Bundesrepublik im Direktionskomitee des Laue-Langevin-Instituts in Grenoble, bis zu dem Tag, an dem der Autor dieses Buches entdeckte, dass GREIFELD während des Krieges den Posten eines Oberkriegsverwaltungsrates in der deutschen Militärregierung in Paris bekleidet hatte und als Erster in Frankreich wirksame antisemitische Maßnahmen der deutschen Polizei in Paris initiiert hatte.

Diese Offenlegung des Autors, gestützt auf eine Petition zahlreicher französischer wie anderer ausländischer Wissenschaftler zwang die Verantwortlichen des deutschen Forschungsministeriums, Dr. GREIFELD vom Posten des internationalen deutsch-französischen Laue-Langevin-Instituts zurückzuziehen.

Betrachten wir jetzt zwei andere besonders eklantante Affären der deutschen Technokraten der Atomindustrie, die berechtigte und beunruhigende Fragen nach den langfristigen politischen Absichten der westdeutschen Regierung rechtfertigen. Die erste Affäre betrifft den argentinischen Atomreaktor von Atucha. 1962 nahm Siemens Kontakt mit Argentinien auf, um dort einen Schwerwasser-Reaktor zu bauen. Bis dahin lief in der Bundesrepublik selbst kein Reaktor dieses Typs! Erst ein Jahr zuvor hatte sich Siemens darangemacht, in Karlsruhe einen Forschungsreaktor zu erstellen mit einer Leistung von 50 MW(e), der 1965 in Betrieb ging – der „Mehrzweckforschungsreaktor“. Im Februar 1968 unterzeichnete die BRD einen verbindlichen Vertrag mit Argentinien über die Errichtung eines Reaktors mit einer Netto-Leistung von 320 MW(e) in Atucha, nördlich von Buenos Aires. Ein in der Welt einzigartiger Reaktor, der 1972 in Betrieb gehen sollte. Zu Recht darf man sich wundern über die kurzen Fristen zwischen Vertragsunterzeichnung und Baustart und über die Gründe, die Siemens veranlasst haben könnten, eine Anlage zu liefern mit kaum erkennbaren kommerziellen Nutzen – weil ohne industrielle Nachnutzung. Und fragen darf man sich auch nach den Absichten eines politisch so umtriebigen Landes wie Argentinien. Parallel dazu lieferte das Kernforschungszentrum Karlsruhe 1968 an Argentinien eine Replik einer „Mini“-anlage für die Wiederaufarbeitung von oxidischem Brennstoff, die in Karlsruhe betrieben wurde. Ohne Zeit zu verlieren konnte sich Argentinien nun mit der Plutoniumtechnologie vertraut machen. Der Reaktor Atucha I wurde im März 1974 an das argentinische Stromnetz angeschlossen. Das Plutonium, das er in seinem Inneren produzierte, hat „militärische Qualität“, die produzierte

Jahresmenge lässt sich auf ungefähr 150 kg schätzen. Beiläufig sei erwähnt, dass die BRD 1969 den Nichtweiterverbreitungsvertrag zwar unterzeichnet hat, ihn aber erst 1975 ratifizierte! Dieser Vertrag untersagte ihr, Kernwaffen auf eigenem Territorium zu entwickeln. Allerdings erreichte die BRD nach mehreren Jahren der Verhandlung, dass kein Kontrolleur der Internationalen Atomenergie-Organisation Wien auf ihrem Staatsgebiet tätig wird. Die Erfassung des Plutoniums war automatisiert und ihre Ergebnisse sollten direkt nach Wien übermittelt werden. Die Kontrolltechnik war im „Institut für angewandte Reaktorphysik“ des Prof. HÄFELE entwickelt und angefertigt worden. Dieser war der Hauptinitiator des [west-]deutschen Brüter-Programms gewesen und hatte auch das Projekt Kalkar initiiert.

Die Kette setzt sich fort damit, dass Prof. HÄFELE derzeit den Vorsitz der deutschen Delegation beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg innehat. [...]

Kommen wir ein letztes Mal auf Argentinien zurück und merken beiläufig an, dass dieses Land den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Was die internationale Kontrolle der Plutoniumproduktion des Reaktors Atucha I angeht, so war diese besonders in der Anfangszeit nur von symbolischem Wert. Allerdings muss es erlaubt sein, hier eine erste sehr wichtige Frage zu stellen: Welches ist die politische Gegenleistung für den erheblichen deutschen Aufwand, Argentinien mit der besten Nukleartechnik auszustatten? Könnte das nicht die Realisierung einer Atombombe außerhalb Deutschlands sein? Man vergisst zu leicht, dass Argentinien nach dem Krieg das Hauptasylland der großen Altnazis war.

Die zweite bereits angesprochene Affäre bezieht sich auf die Anreicherung des Urans mittels des Trenndüsenverfahrens, in Karlsruhe entwickelt und Südafrika überlassen. Südafrika kündigte dann auf der Internationalen Konferenz in Salzburg im Mai 1977 an, dass es in der Lage sei, mit anderen Ländern Verträge über die Anreicherung von Uran zu schließen. Organisiert hatte diese Südafrika-Transaktionen Dr. GREIFELD. Zur Anwendungsreife gebracht worden war das Verfahren der Trenndüsen-Anreicherung nach dem Krieg durch eine Gruppe unter der Leitung seines Erfinders Prof. BECKER. Dieser folgte 1974 auf Dr. GREIFELD als administrativer Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Südafrika – der Leser ahnt es – hat ebenfalls den Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet.

Der Leser dürfte aufgrund der Fakten dieses einleitenden Kapitels und der noch folgenden historischen Details im Weiteren selbst den Schluss zu den seitens der Regierung der BRD und der westdeutschen Industrie erhofften militärischen Vorteilen und zu den internationalen Allianzen unter der stillschweigenden Hilfe anderer Industrieländer ziehen

können und erkennen, dass Regierung und Industrie der BRD vermittels des Winkelzugs der nuklearen Weitergabe an gewisse, aufgrund gefährlicher Ambitionen nach Aufrüstung strebender Länder daran arbeiten, gegenüber diesen Ländern Machtposition aufzubauen.

Im zweiten Teil dieses Werkes folgt eine Analyse dieser Übereinkünfte und die Nachverfolgung ihrer Vorgeschichte.

IV. Die Rolle der neutralen Staaten während des Zweiten Weltkrieges bei der Ausarbeitung des berüchtigten „nazi post-war planning“ S. 215

1. Was ist ein neutraler Staat?

2. Die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem Dritten Reich und den neutralen Staaten während des Krieges

3. Die deutschen Goldexporte während des Krieges S. 215 ff.

V. Wie war es den Führern der deutschen Finanzwelt möglich, die Entwicklung des Krieges im Sommer 1944 zu bestimmen? S. 219

In die fünf im 2. Weltkrieg neutralen Staaten Spanien, Portugal, Schweiz, Schweden und Türkei sowie außerhalb Europas Argentinien wurde ab Januar 1943 (Niederlage in der Stalingrader Schlacht) nach einem Plan Martin BORMANNs, der im Vorgefühl einer Kapitulation einiger Naziführer gefasst worden war, deutsches Kapital transferiert. Mit diesem wurden nach Schätzungen zirka 750 Firmen gegründet (Anzahl der Firmen in den einzelnen Ländern siehe Tabelle S. 216). Damit sei ein vereinigt oder gleichgeschaltetes Europa der Trusts vorbereitet worden, in deren Händen sich gegenwärtig das gesamte zivile Nuklearprogramm befinde.

Während der rasanten Veränderungen an der Front – trotz des Vorrückens der alliierten Truppen in Frankreich – wurde am 10. August 1944 im damaligen Straßburger Hotel „Rotes Haus“ (Maison Rouge) ohne Wissen HITLERS und HIMMLERS ein Treffen von deutschen Industrie- und Finanzmagnaten mit einigen handverlesenen Vertretern der deutschen Regierung, unter ihnen als Organisator BORMANN, abgehalten. Die III. US-Armee unter General PATTON hätte zu dieser Zeit in Richtung Rhein drücken und diesen noch vor Wintereinbruch erreichen können. Dies hätte aber die Realisierung der Pläne des Finanztransfers nach Südamerika gestört und BORMANN brauchte noch eine Atempause von einigen Monaten, um den Transfer abzuschließen. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass nach diesem Treffen BORMANN-Emissäre Kontakt mit Vertretern Nelson ROCKEFELLERS aufnahmen. Diese Kontakte konnten es Präsident ROOSEVELT ermöglichen haben, Gewissheit zu erlangen, dass die Nazi-Führer nicht über die Atombombe verfügten, und dass eine

Verlängerung der Kampfhandlungen um einige Monate keine größere Gefahr für die Vereinigten Staaten darstellte.

Im November 1944 bestätigte die ALSOS-Mission, dass das Dritte Reich aufgrund des geringen Vorschreitens seiner Arbeiten nicht im Besitz der Atombombe war. Dies war ein weiterer Grund, BORMANN Glauben und den Transfer deutschen Kapitals nach Argentinien ohne größere Risiken zuzulassen – ein erster Sieg des „nazi post-war planning“. Der Transfer lief auf zwei Wegen – per Banktransfer und auf dem Seeweg (Diagramm dazu auf S. 221).

1947 wurde die Organisation „ODESSA“ gegründet – die „Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen“, die es eminenten Vertretern des Hitler-Regimes ermöglichte, ihre Haut und ihr Gut nach Südamerika zu retten. Finanziert wurde „ODESSA“ zum Großteil aus Mitteln jener Industrie- und Finanzkreise, die an der Beratung in Straßburg 1944 teilgenommen hatten.

S. 223

1943 nach der Stalingrad-Niederlage hatte BORMANN (Vertreter der Interessen der Deutschen Bank) einen Sieg über HIMMLER (Vertreter der Interessen der Dresdner Bank) errungen, der „Martin-Bormann-Ausschuss für das Bankwesen“ übernahm nun sämtliche Fonds der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“. BORMANN ging nun voran in Richtung des Plans der Evakuierung der Nazi-Schätze, die von der Filiale der Deutschen Bank in Argentinien, der Banco Alemán Transatlántico, in Empfang genommen werden sollten. [...]

2. Wie HITLER den totalen Krieg auf deutschem Boden verlor und BORMANN sich auf argentinischem Territorium als Sieger der Auseinandersetzung erwies

In der Rivalität zwischen HIMMLER und BORMANN gewann HIMMLER 1944 zunächst Oberhand infolge der Aufklärung des Attentats vom 20. Juli 1944 auf HITLER und aufgrund des Erfolgsanscheins des Raketenprogramms („V-Waffen“), dessen Leitung die SS an sich ziehen konnte wie am 8. August 1944 auch die Aufsicht über das gesamte Programm der geheimen Waffen. Der Überzeugung HIMMLERS, die „Superwaffe“ in den Händen zu haben, stand jedoch entgegen, dass die Vernichtungswirkung dieser Raketen ohne Kernsprengkopf nicht den massiven Zerstörungen der angloamerikanischen Bombenangriffe auf Deutschland gleichkam. [...]

Der unerbittliche Kampf zwischen HIMMLER und BORMANN fand seinen konkreten Ausdruck auch auf dem Feld der Einflussträger der Programme der Atombombe und der Raketen.

Auf dem Treffen in Straßburg am 10. August 1944 waren die Vertreter des „Freundeskreises Himmler“ nur in beschränkter Zahl vertreten – der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes KALTENBRUNNER und

der Kölner SS-Bankier Baron Kurt von SCHRÖDER. Die Mehrzahl der anwesenden Industriellen waren diejenigen, die den Aufstieg HITLERS ab 1927 finanziert hatten. Sie alle waren sich darin einig, dass das Dritte Reich aufhören musste zu existieren und sein Führer zu verschwinden hatte. Es war vielmehr zu organisieren, dass die Nazis nach dem Krieg in Südamerika überleben konnten, wofür aktiv die notwendigen Mittel zusammenzutragen waren.

Nachdem BORMANN nach der Stalingrad-Niederlage Ende Januar 1943 den „Martin-Bormann-Ausschuss für das Bankwesen“ gegründet hatte, kam es zum Ende desselben Jahres bei den KRUPPS zu einem historisch und wirtschaftlich hochbedeutsamen Ereignis. Mit der Umsetzung der „Lex Krupp“, eines Dekrets HITLERS, beschlossen in Anerkennung der ihm von Gustav KRUPPS erwiesenen großen Dienste, wurde die Krupp-Aktiengesellschaft in ein privates Familienunternehmen umgewandelt, Alfried KRUPP wurde infolgedessen nach dem damals vollzogenen Rückzug des Vaters Gustav KRUPP aus dem Unternehmen der alleinige Besitzer des Unternehmens. Dieser Akt der Dankbarkeit HITLERS brachte Reichsleiter BORMANN, der sich bei HITLER zugunsten Gustav KRUPPS eingesetzt hatte, beträchtliche Summen für Argentinien ein.

Im weiteren wird die Kartellierung des Banksystems im Dritten Reich dargestellt, in deren Ergebnis sich die Deutsche Bank und die Dresdner Bank den Einfluss über die großen deutschen Industriegruppierungen gesichert hatten (1943 – Deutsche Bank: I.G. Farben, Siemens, Mannesmann, RWE, Hoesch, Rheinische Braunkohle; Dresdner Bank: Krupp, Metallgesellschaft, Hermann-Göring-Werke, Flick und Brabag). Die beiden Banken wurden ihrerseits politisch kontrolliert von Martin Bormann (Deutsche Bank) und von Heinrich Himmler über das Wirtschaftshauptverwaltungsamt der SS (Dresdner Bank). [...]

Zu den Banken, die sich der Inbesitznahme widersetzen konnten, gehörten die alten Banken der Ruhr, unter ihnen die Bank J. H. Stein Köln, die dem SS-Mann Kurt Freiherr von SCHRÖDER gehörte. Auch er arbeitete mit Martin BORMANN eng zusammen bei der Umsetzung des Nazi-Nachkriegs-Plans. Zu von SCHRÖDER heißt es in amerikanischen Archivquellen, dass er bis 1944 im Kontakt zum deutschen Geheimdienst mit noch unbekannter Zielstellung gestanden habe. Weiter wird dort festgestellt, dass Untersuchungsführer zum Unternehmen Stein Dokumente entdeckt hätten, die Beziehungen zu Filialen zweier bedeutender amerikanischer Unternehmen aufzeigten. Dieser Fakt sollte die Kooperation BORMANNs mit den amerikanischen Behörden hinsichtlich der deutschen und der japanischen Atombombe noch deutlicher klarstellen.

3. Die Verbindungen der Deutschen Bank in Lateinamerika zum Wirtschaftsgeheimdienst der I.G. Farben

[...]

Als Epilog zum Thema „nazi post-war planning“ führt Léon Gruenbaum – lakonisch, ohne nähere Erklärung – die Verleihung des „Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Preises für Energieforschung“ an, der verbunden war mit einer Geldprämie in Höhe von 550 000 DM. Die Verleihung erfolgte im Jahr 1977 in der Villa Hügel Essen durch den Bundespräsidenten Walter Scheel an acht Forscher, die während des Krieges und danach Forschungen zur Kernenergie betrieben hatten und zwar speziell zur Ultrazentrifugierung von Uran. [...]

* * *

KAPITEL III

Interludium *alla tedesca*: Die Affäre GREIFELD

S. 276

Die Erfahrung eines dreijährigen Aufenthaltes am Kernforschungszentrum Karlsruhe von 1970 bis 1973 hat den Lebensweg des Autors dieses Buch tief geprägt. Die Methoden *sui generis*, die man dort nutzt, um die Menschen zu schikanieren, sind nach außen hin zwar oft sehr höflich, aber kennzeichnend für den Verwaltungsapparat, und nur die zivile Kleidung der Mitglieder der Geschäftsführung erinnert daran, dass das Institut nicht offiziell des Militärs unterstellt ist. Nach einem Klima der Freiheit, dass man in anderen Forschungszentren vorfinden kann, würde man hier vergeblich suchen.

Es sei uns gestattet einige Episoden als Beispiel anzuführen.

Während einer Betriebsversammlung am 26. September 1972 behauptete Dr. ZIEGLER, der Chef der Juristischen Abteilung des Instituts, während einer lebhaften Diskussion zum Thema der übereilten Ausweitung der Praxis der Zeitverträge, dass es keine brauchbarere Praxis gebe als diese, um „Fremde“ in gewünschter Frist zu entlassen zu können. Der folgende Text wurde zur Abstimmung gebracht: *„Der Betriebsrat möge beschließen: ... Dr. Ziegler hat während der Belegschaftsversammlung am 26. September 1972 die Gründe angeführt, die es ermöglichen, einen zeitweiligen Vertrag aufzulösen; unter anderem führte er die Nationalität des Mitarbeiters an. Diese Erklärung hat ernsthafte Zweifel in Bezug auf die Garantien einer Gleichbehandlung von deutschen und ausländischen Mitarbeitern hervorgerufen. Der Betriebsrat fordert daher die Direktion auf, zu den Erklärungen Dr. ZIEGLERS Klarstellungen zu machen und detaillierte Erklärungen zu geben zu den Prinzipien, von denen sich die GfK bezüglich der Beschäftigung ausländischer Mitarbeiter leiten lässt.“*

Dr. ZIEGLER wurde somit dazu veranlasst, auf der Betriebsratssitzung am 15. November des gleichen Jahres 1972 zu seinen eigenen Darlegungen hinsichtlich der diskriminierenden Maßnahmen gegen die Ausländer Stellung zu nehmen. Wie zu erwarten war, erklärte er, dass seine Worte nicht so zu interpretieren gewesen wären, als seien sie ausschließlich gegen die „Fremden“ gerichtet, sondern es handele sich ganz einfach um ein allgemeines Problem des Arbeitsmarkts! Im Protokoll des Betriebsrats steht zu lesen, dass Dr. ZIEGLER bei der Verwendung des Begriffs „Fremde“ stillschweigend Personen einbegriffen hatte, die sich noch in der Ausbildung befinden und nicht allein an die Nationalität der Menschen gedacht hatte ...

Der Autor hatte an dieser Belegschaftsversammlung teilgenommen, er kann bestätigen, dass man das Problem der Zeitverträge ohne jedweden Bezug auf die Nationalität der Mitarbeiter in Angriff genommen hatte, während Dr. ZIEGLER im Verlauf der Diskussion den Begriff „Fremde“ bewusst und nachdrücklich fallengelassen hat.

Ein weiteres Leitungsmitglied, Dr. GREIFELD, administrativer Vorstandsvorsitzender seit Gründung des Zentrums, wurde in seinen Äußerungen noch deutlicher. Er verlangte, dass – wenn man schon Ausländer einstelle – der Vorzug „Blonden, Schweden zum Beispiel“ gegeben werden müsse, und nicht Personen, die vom Balkan kämen! Kurz gesagt, er schlug eine Art Arisierung des ausländischen Personals vor! Es muss daran erinnert werden, dass dies weniger als 30 Jahre nach dem Tod von HITLER geschah ...

Eine Frage stellt sich: Entsprach denn diese Haltung der Leitung des Kernforschungszentrums Karlsruhe der von der sozialdemokratisch-liberalen Koalition verfolgten Politik? Man muss sich vergegenwärtigen, dass das Zentrum zu 90% vom Bund und zu 10% vom Land Baden-Württemberg finanziert wird. Selbstverständlich sollte dann die vom Forschungszentrum verfolgte Politik auch den Wünschen des Bundes – des Hauptgeldgebers – entsprechen.

Sehr viele Geschichten wären zu erzählen, wollte man den Leser die reale Atmosphäre nachempfinden lassen, die innerhalb des Zentrums herrschte, die kurz gesagt politisch eine extrem rechte war. Und das lässt sich nicht klarer ausdrücken als mit den Worten des Bundestagsabgeordneten Dr. SPERLING, mit denen er sich im Februar 1973 auf der Jahrestagung des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF) an Dr. HAUFF, den gegenwärtigen Minister *[zum Zeitpunkt jener Jahrestagung war er Staatssekretär im Forschungsministerium]*, wandte. SPERLING erklärte, dass „*das Kernforschungszentrum aus Militärs ohne Uniform besteht und die Verwaltung die Rolle einer Truppe in Zivil spielt*“. SPERLING hoffte, auf diese Weise Dr. HAUFF, dessen Karriere noch in den Anfängen steckte, zur Einsicht bringen zu können. Aber er hatte sich ge-

täuscht. Die Reaktion von HAUFF auf seine Rede war von unerwarteter Heftigkeit. Um diese Reaktion nachvollziehen zu können, muss man wissen, dass HAUFF bereits zuvor ein Schreiben einer Gruppe von Mitarbeitern des Zentrums Karlsruhe erhalten hatte. In diesem Schreiben wurde hingewiesen auf „Kameradschaften“ zwischen einigen Mitarbeitern der Verwaltung des Zentrums, die in Kriegszeiten geschlossen wurden und zum Allermindesten als zweifelhaft erschienen.

In der Tat kann man diese neonazistische Atmosphäre nur empfinden und erkennen, wenn man sie schon einmal durchlebt hat. Der Autor hatte sie vorausgeföhlt, als er das Gelände des Zentrums betrat, aber er musste zuerst einmal ein Knäuel von Ereignissen durchleben, um schließlich zur Entdeckung der Aktivitäten eines gewissen Dr. GREIFELD während des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, die „allerwenigstens als zweifelhaft“ erschienen.

So kam es auch dazu, dass in der Zeit seines Aufenthalts in Karlsruhe einer seiner Kollegen, dessen Name aus Sicherheitsgründen besser nicht genannt wird, auf einer Abendgesellschaft in einem Privatklub einen gewissen Dr. ERNST traf. Dieser Dr. ERNST war schon nicht mehr sehr jung und war während des Krieges in Paris tätig gewesen, wo er auch die Bekanntschaft des Dr. GREIFELD gemacht hatte. Und zum Ausgang der Abendgesellschaft richtete ERNST wie ganz selbstverständlich an den Kollegen des Autors die Bitte, Grüße an Dr. GREIFELD zu überbringen. So gelangten wir an den Anfang der Spur, die zeigte, dass Dr. GREIFELD gut und gern einen Teil des Krieges in Frankreich verbracht hat. Dieses mündliche Zeugnis hatte aber nur geringen Wert. Was man brauchte, war die schriftliche Bestätigung von ERNSTs Äußerung durch GREIFELD. Anstatt ERNSTs Botschaft einfach nur an GREIFELDS Sekretärin zu überbringen, wurde der interne Postweg bevorzugt. Der Kollege des Autors verfasste eine schriftliche Mitteilung an GREIFELD, in der er ihn von der Botschaft ERNSTs informierte. In dieser Mitteilung führte er die Tatsache an, dass der Beginn der Bekanntschaft dieser beiden Personen in die Zeit der Okkupation von Paris durch die Deutschen fiel. GREIFELD beantwortete die Mitteilung und bestätigte, ERNST während des Krieges in Paris kennengelernt zu haben.

Von diesem Zeitpunkt an (das war 1972) hatte der Autor die Gewissheit, dass seine Recherchen von Erfolg gekrönt sein würden. Er hatte den Verdacht geschöpft, dass GREIFELD während des Krieges Aktivitäten antisemitischen Charakters betrieben hatte. Dieser Verdacht war in ihm aufgekeimt im Anschluss an ein persönliches Gespräch, das er mit Dr. GREIFELD in dessen Büro hatte.

Die Archive zu durchsuchen, ohne eine Spur zu haben, hätte keinen Sinn gehabt. Aber zumindest war der Autor nun sicher, dass die Richtung „Paris“ zutreffend sein sollte. Hatte denn GREIFELD nicht

selbst schriftlich bestätigt, ERNSTS Bekanntschaft während des Krieges in Paris gemacht zu haben?

Außerdem hatte der Autor jetzt ein weiteres Positivum in seinen Händen: Unter der Antwort von GREIFELD stand die handschriftliche Unterschrift. Dies würde dem Autor den Vergleich mit den Unterschriften ermöglichen, die er vielleicht in Paris auf Dokumenten aus den deutschen Archiven aus der Kriegszeit finden würde. Hinzuzufügen ist, dass GREIFELD geäußert hatte, nicht der Wehrmacht angehört zu haben.

Im Besitze dieses Materials stattete der Autor in Paris Monsieur BLOCH, dem Vorsitzenden der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, einen Besuch ab. Dieser half ihm dann, mit den KLARSFELDS in Kontakt zu kommen. Das war während des Sommers im Jahr des Heils 1972. Und zum Ende des gleichen Jahres hatte er die Möglichkeit eines langen persönlichen Gesprächs im Ministerium für Forschung und Technologie in Bonn mit dem Ministerialdirektor Dr. SCHMIDT-KÜSTER. Diskutiert wurde über den Arbeitsvertrag des Autors, den sein Institutsdirektor Professor Dr. HÄFELE um keinen Preis verlängern wollte. Als er bei dieser Gelegenheit Dr. SCHMIDT-KÜSTER seine Schwierigkeiten darlegte, wusste er noch nichts von den engen Beziehungen zwischen HÄFELE und GREIFELD, von denen er zu seinem eigenen Schaden erst viel später erfahren sollte. Dr. SCHMIDT-KÜSTER versprach ihm Hilfe und verpflichtete sich alles zu unternehmen, um für den Zeitpunkt des Auslaufens des Arbeitsvertrags eine akzeptable Lösung zu finden. Es handelte sich darum, dass der Autor das von HÄFELE geleitete Institut verlassen sollte, um in ein anderes Zentrum zu wechseln, vorzugsweise eines außerhalb von Karlsruhe. Erwähnt wurde das CERN, in dem bereits eine vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entsandte Forschungsgruppe arbeitete.

Trotz aller „Anstrengungen“ des Ministeriums hatte die Leitung in Karlsruhe die Verlängerung des Arbeitsvertrags verweigert. Es wäre übrigens interessant, eines Tages zu ermitteln, inwieweit von jenem Zeitpunkt an eine Art Berufsverbot seitens der Direktion von Karlsruhe ausgeübt worden sein könnte. Das, was man entdecken würde, hätte sicherlich nichts Überraschendes an sich.

Nach Auslaufen seines Arbeitsvertrags kehrte der Autor nach Frankreich zurück. Seine Intuition sagte ihm, dass er in der BRD keine Arbeitsmöglichkeit mehr bekommen würde. Aber erst später sollte klar werden, dass die Bedingungen in Frankreich kaum besser waren. Trotz der Intervention einer großen Zahl von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik sah sich die französische Regierung immer wieder in der Situation „des großen Bedauerns, den Forderungen aus Gründen des Ansehens nicht nachkommen zu können“.

Als in der Presse der Skandal der TRAUBE-Affäre Furore machte, war das für den Autor eine Offenbarung. Es wurde für ihn zur Gewissheit, dass

GREIFELD während des Krieges bestimmte antisemitische Aktivitäten begangen haben musste. Diese Überzeugung mit Beweisen zu belegen, würde keine geringe Arbeit darstellen, da bestimmte Personen nach wie vor eine beträchtliche Unterstützung genossen. Aber das Glück lachte ihm zu: Er konnte in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums recherchieren. Dort fand er die Strukturpläne des „Verwaltungsstabs des Militärbefehlshabers in Frankreich“ aus den Jahren 1943/1944. GREIFELD war dort nicht erwähnt. Daraus zog er den Schluss, dass Dr. GREIFELD sich in Paris höchstens bis Ende 1942 aufgehalten hatte.

Was Dr. ERNST betrifft, war die Situation komplizierter, da dieser Familienname in Deutschland sehr verbreitet ist. Gefunden werden konnte ein gewisser Hans-Dietrich ERNST, der nach dem Krieg in Deutschland an einem geheimgehaltenen Ort lebte. Hans-Dietrich ERNST war während des Krieges Kommandeur der SIPO-SD in Angers. Nach dem Krieg wurde er der Verantwortlichkeit für die Deportation von 824 Juden beschuldigt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Bekannt war auch, dass beim Staatsanwalt von Köln, der allein für die in Frankreich begangenen Kriegsverbrechen zuständig ist, eine Klage gegen Hans-Dietrich ERNST eingereicht worden war. Daher hatte der Autor im April 1975 eine Unterredung mit dem Generalstaatsanwalt am Gerichtshof von Köln Dr. GEHLING. Diesem unterstanden alle Vorgänge, die in den LISCHKA-Prozess mündeten, in dem es um die Endlösung der Judenfrage in Frankreich ging. Dr. GEHLING dachte, dass nur ein einziger Dr. ERNST existiere, und dieser schien nicht die Person zu sein, nach der gesucht wurde. In der Tat trug der eine den Dokortitel, der andere nicht, obwohl beide Juristen waren. Der in Angers tätig gewesene ERNST lebte GEHLING zufolge „irgendwo in Norddeutschland“, GEHLING wusste aber, das „unser“ Mann in Baden-Württemberg wohnte. GEHLING kannte in Baden-Württemberg keinen ERNST, der Kriegsverbrechen begangen hatte. [...]

Irgendetwas in den Angaben von GEHLING war unstimmig! Zurück in Paris, nahm der Autor die Suche nach den beiden ERNST wieder auf. Er durchblätterte alle Telefonbücher von Norddeutschland. Dabei fand er schließlich einen Hans-Dietrich ERNST, Anwalt in der schönen Stadt Leer nahe Oldenburg. Weitere Recherchen erbrachten ihm dann die Gewissheit, dass es sich tatsächlich um den früheren SS-Mann von Angers handelte.

Die Mitglieder von L.I.C.A. waren sehr zufrieden, endlich den Wohnort von Hans-Dietrich ERNST zu kennen. Mit Serge und Beate KLARSFELD gingen die Recherchen dann zu GREIFELD und seinem Freund ERNST weiter. Nunmehr waren beide als Mitglieder der Militärregierung während des Krieges eingeordnet. Aber das waren auch schon alle Angaben, über die wir verfügten. Der Autor war aber damals fest davon überzeugt, dass man etwas finden müsste, wenn man sich nur Zeit nähme. Und dazu kam es

dann schließlich auch. Eines schönen Tages entdeckte man eine ganze Reihe von Dokumenten zum Thema „Deportation der jüdisch-bolschewistischen Elemente in Zwangsarbeitslager des Ostens“. Es handelte sich vorwiegend um Menschen, die ausgehend vom Lager Compiègne deportierte Menschen. Und alle diese Dokumente waren unterzeichnet von einem gewissen Dr. ERNST, Mitglied des Verwaltungsstabs des Oberbefehlshabers in Frankreich – Abteilung Polizei. Die Unterschrift enthielt nie einen Vornamen, wie das im Deutschen nach dem Dokortitel üblich ist. Der Autor erinnerte sich jedoch, das der Freund von GREIFELD den Vornamen Waldemar trug. Um nachzuprüfen, ob es sich tatsächlich um den genannten ERNST mit Wohnsitz in Baden-Württemberg handelte, richtete der Autor ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt GEHRLING und reichte gegen den eben neugefundenen ERNST Klage ein.

Eine Woche später begab er sich nach Köln. Zu seiner großen Überraschung war dem Generalstaatsanwalt dieses Mal die Existenz eines zweiten Dr. ERNST bekannt – es war Waldemar ERNST. Er wohnte in Aalen in Baden-Württemberg und war ganz genau der Freund von GREIFELD!

Gegen Dr. Waldemar ERNST wurde ein Untersuchungsverfahren eröffnet und GREIFELD wurde vom Generalstaatsanwalt als Zeuge vernommen. Die Vernehmung fand in Karlsruhe statt. Die Tatsache, dass Dr. GREIFELD vom Staatsanwalt zu seinen Beziehungen zu Dr. ERNST während des Krieges befragt wurde, spielte im weiteren Verlauf dieses Verfahrens eine bedeutende Rolle. Es war mittlerweile Juni 1975 und noch immer lagen keine Beweise für die früheren antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD vor. So entschloss sich der Autor, ein Rundschreiben zu verfassen, das er an Persönlichkeiten aus der Welt der Presse, an hohe Bonner Ministerialbeamte und in zahlreichen Exemplaren auch an das Kernforschungszentrum Karlsruhe versandte. Hier der Text:

„Es ist mir sehr daran gelegen, Dr. Greifeld, Vorstandsmitglied des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Dank zu sagen dafür, dass er es mir ermöglicht hat nachzuweisen, dass Dr. Waldemar Ernst, Hauptgeschäftsführer der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH Aalen (Tel. 07361/5021), in seiner Eigenschaft als führendes Mitglied der Verwaltung von Paris während der Kriegszeit und als Chef der Polizeiabteilung an den Aktionen gegen die Juden in Frankreich beteiligt war und in Verbindung mit dem SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka zu den unmittelbaren Verantwortlichen für die Verfolgungen der Juden in Paris gezählt hat.

Dr. Greifeld, der sich zu gleicher Zeit wie Dr. Ernst in Frankreich aufhielt und dort verantwortliche Funktionen beim militärischen Oberbefehlshaber in Frankreich ausübte, hat mir offenbart, wo ich Dokumente zu den antisemitischen Aktivitäten von Dr. Waldemar Ernst auffinden kann. Diese Doku-

mente habe ich an den Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Gehrling in Köln übergeben.

Es hatte zwar früher bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Greifeld und mir gegeben, aber seine Klarstellungen zu Dr. Ernst waren sehr wertvoll für mich und die deutsche Justiz, die gegenwärtig den Prozess gegen die Hauptverantwortlichen für die Endlösung der Judenfrage in Frankreich vorbereitet, der in Köln stattfinden wird.“
[Unterschrift Autor und Anschrift in Frankreich]

Diesem Rundschreiben beigefügt waren Dokumente zur Judendeportation, die unterzeichnet waren von Dr. ERNST.

Die Presse reagierte nicht – aus gutem Grund!

Es ging also darum zu sehen, wie GREIFELD diese Kröte schlucken würde. Er konnte nicht wissen, ob der Autor zu diesem Zeitpunkt ein Dokument über seine eigenen Aktivitäten während des Krieges in Paris in Händen hatte. Anhand seiner Reaktion würde es ein Leichtes sein, den Schluss zu ziehen, ob man die Recherche fortsetzen müsste oder nicht.

GREIFELD reagierte nicht.

Man konnte nun also berechtigterweise vermuten, dass bestimmte seiner Aktivitäten antisemitischen Charakters gewesen waren. Die Recherchen in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums wurden mit verstärkter Kraft wieder aufgenommen. Im Oktober 1975 wurde schließlich ein Dokument aus dem Verwaltungsstab entdeckt, auf dem sich eine Unterschrift ähnlich der von Dr. Rudolf GREIFELD befand. Es stammte vom 2. Januar 1941 und war in der Tat das erste Dokument, das von einer antisemitischen Maßnahme in Frankreich berichtete!

Hier der Text:

„1.) Vermerk

In der jüngsten Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So waren z.B. in dem Cabaret „Le bœuf sur le toit“ im Gebäude des Hotels „George V“ – sieht man von den Soldaten der Wehrmacht ab – in der Silvesternacht sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist im Cabaret „Les Trois Valses“ – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret „Carrere“ verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von den Wehrmachtsangehörigen besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach den Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, den 2. Januar 1941“

[Handschriftliche Unterschrift GREIFELD]

Das Gutachten, das im Weiteren von einem Experten für Graphologie und Paläographie beim Berufungsgericht Paris angefertigt wurde, ließ keinen Zweifel: Das Dokument war tatsächlich während des Krieges von GREIFELD unterzeichnet worden.

Wie sich anhand der Anmerkung am Textende des Dokuments leicht feststellen lässt, war Dr. GREIFELD nicht zuständig, solche Maßnahmen zu ergreifen, er gehörte nicht der Polizeiabteilung an, sondern der Abteilung, die sich mit Alltagsfragen befaste, dem täglichen Leben während der Okkupation. Die Bedeutung, die die deutschen Behörden seiner antisemitischen Initiative beimaßen, spiegelte sich in Folgendem wieder: Zum Zeitpunkt, da er seine „geniale Idee“ – die erste antisemitische Maßnahme in Frankreich – hatte, stand GREIFELD im Rang eines „Kriegsverwaltungsassistenten“. Dreizehn Tage später war GREIFELD zum „Kriegsverwaltungsrat“ befördert worden.

Ende Oktober hielt der Autor gemeinsam mit den KLARSFELDS in der Europa-Hauptstadt Straßburg eine Pressekonferenz ab. Die antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD wurden hier der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Gefordert wurde der Rücktritt GREIFELDS vom Posten des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland, den er im Lenkungsausschuss des englisch-französisch-deutschen Laue-Langevin-Instituts in Grenoble innehatte. Ein Deutscher, der während des Krieges in Frankreich antisemitische Maßnahmen gefordert hatte, saß nach dem Krieg im Direktionsstuhl eines Kernforschungszentrums in Frankreich – im Namen der Kooperation zwischen Bonn und Berlin! Das war zu viel. Sein Fall hatte den gleichen provokatorischen Charakter wie der von Boettcher im Kernforschungszentrum Jülich nahe der holländischen Grenze.

[...] Dr. GREIFELD erklärte Journalisten gegenüber, dass das alles nichts als eine Lüge sei und dass man hier nichts als einen Racheakt von Seiten des Autors dieser Schrift sehen könne. Er habe, so äußerte er sich, während seines Aufenthaltes in Frankreich in der Zeit des Krieges nie antisemitische Maßnahmen befürwortet.

Die offiziellen Behörden unterstützten GREIFELD; er blieb im Amt sowohl in Grenoble wie auch in Karlsruhe.

Angesichts dessen bildete sich ein „Komitee zur Greifeld-Affäre“ und veröffentlichte ein Begehren. Mehr als vierhundert französische und ausländische Physiker verlangten mit ihrer Unterschrift, dass GREIFELD das Laue-Langevin-Institut verlässt. [...]

Der Autor hatte ein Schreiben an Staatssekretär HAUFF gerichtet, in dem er diesen um ein Gespräch ersuchte, um ihm seine Klagegründe gegen GREIFELD anhand von Dokumenten darzulegen.

HAUFF antwortete umgehend, wobei er die Angelegenheit einem Mitglied des Beamtenapparats des Ministeriums – Dr. BISCHOFF – übertrug. Er riet, mit diesem in Kontakt zu treten, was auch so geschah. In einem Telefongespräch legte Dr. BISCHOFF seine Absicht dar, sich nach Paris zu begeben, um die Authentizität dieser Dokumente, die die antisemitische Haltung GREIFELDS in der Kriegszeit belegten, zu prüfen.

BISCHOFF fuhr aber nicht nach Paris, denn der Autor hatte ihm geraten, Kontakt mit dem Generalstaatsanwalt Dr. GEHLING aufzunehmen, der ihm die Erklärungen des Autors bestätigte. Dies geschah am 5. Dezember 1975.

Epilog: Anstatt sich nach Paris zu begeben, sandte BISCHOFF aus Bonn dem Autor ein Schreiben, in dem er diesen informierte, dass am Tag nach dem Telefongespräch Dr. GREIFELD ihm seinen Rücktritt vom Amt des Mitglieds des Lenkungsausschusses des Laue-Langevin-Instituts in Grenoble angeboten hatte.

* * *

Kapitel IV

1953 - Das Jahr des Atom-Rapallos S. 288

I. „Atom-Rappallo“? Was ist darunter zu verstehen?

Nach der Niederlage des 3. Reiches untersagten die 4 Siegermächte den beiden Deutschlands aus verständlichen Gründen die Wiederbewaffnung. Derzeit verfügten die beiden Teile Deutschlands schon bald über eine hochentwickelte Bewaffnung – die einen im Rahmen der NATO – die anderen im Rahmen des Warschauer Paktes.

Diese Entwicklung konnte sich nur vollziehen dank der Tatsache, dass es in der Nachkriegsperiode zu einem tatsächlichen zweiten Rapallo gekommen war, allerdings weniger bekannt als dasjenige durch Rathenau (1922) unterzeichnete.

Die Entstehung dieses zweiten Rapallos betraf die Domäne der Kernenergie. Sie reicht zurück zum 12. August 1953 – dem Tag an dem die erste sowjetische Wasserstoffbombe explodierte, nur 9 Monate nach derjenigen der USA, fast genau der Zeitraum, den schon Niels BOHR vorhergesehen hatte.

Die 3 Atommächte überlegten fieberhaft, wie man die Verbreitung der Atomwaffen in andere Länder verhindern könnte. Russland erinnerte sich nur zu gut an den Vertrag von Rapallo und an die Wiederaufrüstung der Weimarer Republik, die den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglichte. Diese Überlegungen und die internationale Lage zu dieser Zeit führten quasi ganz natürlich dazu, dass schon am 23.10.1954 die Pariser Verträge unterzeichnet wurden, mit denen die Bundesrepublik offiziell darauf verzichtete, eine Atommacht zu werden. Aber schon

7 Wochen später erklärte Bundeskanzler ADENAUER vor dem Bundestag, dass die Bundesrepublik das Recht zur friedlichen Kernforschung habe. Außerdem erwähnte ADENAUER, dass die BRD darauf verzichtete, Atombomben *auf ihrem Staatsgebiet* herzustellen. Man befand sich, wie erinnerlich, in derselben Situation wie nach Versailles, als sich Deutschland mit dem Vertrag von Rapallo in Russland aufrüstete.

Wer würde wohl im Jahr 1953 der Partner Deutschlands für ein „Atom-Rapallo“ werden?

[...] Bekanntlich ist Prof. WIRTZ ein Spezialist für die Konstruktion des deutschen Schwerwasser-Reaktors (der wegen der Kapitulation Deutschlands allerdings unvollendet geblieben ist).

Im Jahr 1953 nahm Prof. WIRTZ an der ersten internationalen Konferenz über Schwerwasser-Reaktoren teil. Es ergab sich, dass diese Konferenz in Oslo abgehalten wurde, im Andenken an die „Schwerwasser-Schlachten“ während des Krieges auf norwegischem Boden. Aber genau zu dieser Zeit bereitete ein deutscher Chemiker die notwendigen Transaktionen dafür vor, dass ein Reaktor dieses Typs durch Deutschland im Ausland errichtet werden konnte. Es handelte sich um Dr. SCHNURR, der in Argentinien lebte. Und es ging um den Reaktor Atucha-1.

Kurze Zeit nach der Gründung der Kernreaktorbau- und Betriebsgesellschaft. m.b.H. am 19. Juli 1956 in Karlsruhe, aus der das künftige Zentrum für Kernforschung entstand, nahmen die Doktoren SCHNURR und WIRTZ dort aktiven Anteil am Pilot-Projekt eines Schwerwasser-Reaktors, der von vornherein dazu bestimmt war, nach Argentinien verkauft zu werden, dem Asylland des Dr. SCHNURR nach dem Krieg.

Wir können somit erklären, dass das Atom-Rapallo stattgefunden hat zwischen der Bundesrepublik und Argentinien, mit der finanziellen Unterstützung des „nazi post-war planning“, der Nazi-Nachkriegsplanung. I.G. Farben hatte die 2. Runde gewonnen!

[...]

3. Karlsruhe und der Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR) S. 335

[...]

Der Meiler in Atucha ist von gleicher Beschaffenheit wie jener, der von den Deutschen während des Krieges gebaut wurde. In ihm wird Plutonium generiert von „militärischer Qualität“ in einer geschätzten Menge von 150 kg pro Jahr.

Die Bundesrepublik hatte 1969 den Nichtweiterverbreitungsvertrag paraphiert und 1975 ratifiziert, womit ihr untersagt war, Kernwaffen auf *ihrem eigenen Territorium* zu entwickeln, was Kanzler ADENAUER auch schon 1954 versprochen hatte. Anders der Fall von Argentinien, wo eine internationale

Kontrolle zur Sicherung des im Atucha-Meiler produzierten Plutoniums nicht existierte.

Wie gestaltete sich nun die nukleare Kooperation zwischen Argentinien und der BRD über das Kernforschungszentrum Karlsruhe in den Nachkriegsjahren von Nahem besehen? Während des Krieges hatten die deutschen Wissenschaftler am Bau eines derartigen Reaktors gearbeitet mit dem Ziel, eine Atombombe des Typs zu erlangen, wie er später über Nagasaki abgeworfen wurde. Nach dem Krieg machten sich die gleichen Wissenschaftler wieder an die Arbeit. Als Organisator der nuklearen Zusammenarbeit Argentinien-Deutschland fungierte Dr. SCHNURR, der sich in Südamerika niedergelassen hatte. Kurz nachdem am 19. Juli 1956 von Franz Josef STRAUB in Karlsruhe die Kernreaktorbau- und Betriebsgesellschaft m.b.H. gegründet worden war, wurde die wissenschaftliche Leitung Dr. SCHNURR übertragen, der die Nachfolge von Dr. RITTER antrat. An dieser Gesellschaft waren zu 50% eine Gruppe privater Industrieunternehmen, zu 30% das Land Baden-Württemberg und zu 20% die Bundesregierung beteiligt. Nach dem Forschungsreaktor FR2 baute man in Karlsruhe den Prototyp des für Atucha projektierten Meilers. Dies war der Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR). – Was aber waren seine Zwecke?

Ein [nuklearer] Reaktor kann zu mehreren Zwecken dienen: Er kann entweder Energie erzeugen oder aber Schwermetalle, deren Masse über die von Uran-238 hinausgeht, die sogenannten Transurane. Er kann aber auch beides zugleich machen. Mit dem MZFR wurde die letztere Zielstellung verfolgt. Er sollte dazu dienen, Plutonium-239 und andere, schwerere Transuran-Elemente zu erzeugen – unter dem Mäntelchen des „friedlichen Atoms“. Deren Nutzung war für alle diese Zielstellungen auf argentinischem Boden gesetzlich zugelassen und den Regierungen in Moskau und Washington gewiss bekannt. Wir sehen hier eines der Ergebnisse des immer wieder angesprochenen „post-war plannings“ der Nazis, wie es von Martin BORMANN auf der Beratung in Straßburg 1944 entwickelt worden war.

Zum Vergleich: Die französischen Reaktoren G2 und G3 in Marcoule waren ebenso dafür bestimmt, simultan Plutonium und Elektroenergie zu erzeugen. Sie arbeiten ebenso auf der Basis natürlichen Urans und weisen beide die gleiche Leistung wie der MZFR auf. Die militärischen Eigenschaften des Plutoniums aus allen drei Reaktoren sind ähnlich. Und die französischen Atombomben wurden dementsprechend auch mit dem Plutonium aus den Meilern G2 und G3 bestückt.

Die jährlich produzierte Menge von Plutonium-239 beträgt etwa 50 Kilogramm.

Angesichts der Bedeutung, die das Projekt des Karlsruher Forschungsreaktors FR2 erlangte, wurde 1959 der ursprüngliche Status des Kernforschungszentrums mit der Bildung der Gesellschaft für Kernforschung GmbH (GfK) abgeändert. Der Betieli-

gungsanteil der Bundesregierung belief sich nun auf 75%, der des Bundeslandes Baden-Württemberg auf 25%, die Finanzierung der GfK wurde mehrheitlich staatlich. Die privaten Industrieunternehmen zogen sich aus der Gesellschaft zurück und wanderten in eine neue Gesellschaft hinüber, gegründet zum Zweck der Untersuchung der Chemie des Plutoniums – es ging um eine Anlage zur Aufbereitung abgebrannten Kernbrennstoffs.

Die Arbeiten am Forschungsreaktor FR2 werden 1962 abgeschlossen. Siemens beschließt im selben Jahr, auf dem Gelände des Kernforschungszentrums Karlsruhe den Bau eines zweiten Reaktors in Angriff zu nehmen, der auch wiederum mit schwerem Wasser arbeitet, den Bau des MZFR. Dieser wird dann 1965 kritisch und somit bereit, Transuran-Elemente wie das Plutonium-239 zu erzeugen, die militärisch einsetzbar sind.

Um dieses Plutonium extrahieren zu können, musste die Bundesrepublik die Technologie der Aufarbeitung abgebrannten Kernbrennstoffs in Angriff nehmen. Nun waren aber in den 1960er Jahren die Regierungen der drei nuklearen Großmächte über derartige Bestrebungen eines Deutschland, das von neuem das Haupt erhob, nicht im Geringsten erfreut. In Deutschland ist es aber Brauch, dass alles „in guter Ordnung“, entsprechend den Regeln erledigt werden muss, selbst wenn es sich um Dinge am Rande der Ungesetzlichkeit handelt.

Daher wurde ein alter Kniff genutzt und alles in private Hände gelegt. Die Aufbereitung wurde somit von der „Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH“ (GWK) betrieben. Beteiligt an dieser zu je 25%: Farbwerke Hoechst AG, Farbenfabriken Bayer AG, Gelsenkirchener Bergwerks-AG und die Nuklearchemie- und Metallurgie GmbH! [...]

In der GWK wurde sehr intensiv gearbeitet. Im Juni 1969 fand die erste Kalterprobung der „Miniaturwiederaufarbeitungsanlage“ (kurz: Milli) statt, die jährlich 200 kg Kernbrennstoff aufarbeiten kann. 1969 wurde auch der Bau einer Miniaturanlage analoger Kapazität in einem anderen Land abgeschlossen – man ahnt schon, wo das war: in Argentinien! [...]

Eine sehr feine nukleare Zusammenarbeit zwischen Westdeutschland und Argentinien mit dem Ziel des Baus der künftigen Atombombe auf argentinischem Boden! Und wenn sich Argentinien dann eines Tages als Atombombenmacht – als einzige in Südamerika – erweist, dann fällt alle Welt aus den Wolken, wie es schon einmal der Fall war mit Indien!

* * *

INHALTSVERZEICHNIS

Zu Gruenbaums Monografie	1
Gesamtinhaltsverzeichnis	2
Ausgewählte gekürzte Kapitel	6
Band II Einleitung	6
IV. Die Rolle der neutralen Staaten während des Zweiten Weltkrieges bei der Ausarbeitung des berüchtigten „nazi post-war planning“	8
1. Was ist ein neutraler Staat? 2. Die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem Dritten Reich und den neutralen Staaten während des Krieges 3. Die deutschen Goldexporte während des Krieges	
V. Wie war es den Führern der deutschen Finanzwelt möglich, die Entwicklung des Krieges im Sommer 1944 zu bestimmen?	
2. Wie HITLER den totalen Krieg auf deutschem Boden verlor und BORMANN sich auf argentinischem Territorium als Sieger der Auseinandersetzung erwies	8
3. Die Verbindungen der Deutschen Bank in Lateinamerika zum Wirtschaftsheimdienst der I.G. Farben	9
Kapitel III Interludium alla tedesca: Die Affäre GREIFELD	9
Kapitel IV 1953 – Das Jahr des Atom-Rapallos	13
1. „Atom-Rappallo“? Was ist darunter zu verstehen?	13
3. Karlsruhe und der Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR)	14